

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 8

Gründet: Sonntag
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM. Zur Postbezug-
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 20. Februar 1927

Verlag: Die Buchbinder-Verlagsgesellschaft, Berlin G. 2, Neuer Markt 8-12 IV
Verantwortlich: Herrmann
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

43. Jahrgang

Der Zweck der Komödie.

Die Bürgerblockregierung ist zustande gekommen und der Reichstag hat ihr mit 235 gegen 174 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die neue Regierung sitzt also vorläufig im Sattel, die Deutschnationalen befinden sich an der lang ersehnten Regierungskultertrippe und werden sich sobald nicht davon hinwegdrängen lassen. Nunmehr folgt der zweite Akt, der die Durchführung des von der neuen Regierung aufgestellten Programms bringen soll.

An hochtönenden Versprechungen läßt dieses Programm nichts zu wünschen übrig. Daß die Reichsverfassung nicht angetastet und die bisher betriebene Außenpolitik fortgesetzt werden soll, wird man nicht allzu hoch anzuschlagen brauchen.

Hierin Änderungen vorzunehmen, muß sich unter der gegenwärtigen politischen Situation auch die verbohrteste Rechtsregierung versagen, wenn sie nicht sofort die schwersten innen- und außenpolitischen Konflikte herauszuschwören will, deren Entfesselung nur mit einer für sie vernichtenden Niederlage enden kann. Solange die Deutschnationalen in Opposition standen, konnten sie mit diesem Feuer spielen. Jetzt, nachdem sie in der Regierung sitzen, werden sie es wohl bleiben lassen. Das schließt natürlich nicht aus, daß sie ihrer alten Neigung folgen, bei sich bietender Gelegenheit einiges Porzellan zu zerbrechen, wenn auch nur, um ihrer Anhängererschaft zu zeigen, daß sie die alten geblieben sind. Schon die erste Reichstagsitzung nach der Regierungsbildung bot hierfür ein kleines Beispiel, und es fehlte nicht allzuviel, um die eben erst zwischen den Blockparteien zustandegekommene Einigung in einen Scherbenhaufen zu verwandeln. Den Ueberredungskünsten des Zentrums ist es gelungen, dieses Schicksal abzuwenden.

Für die Arbeiterschaft ist wichtig, was das von der Bürgerblockregierung aufgestellte Programm auf innenpolitischem, besonders auf sozialpolitischem Gebiete in Aussicht stellt. Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege sollen weiter ausgebaut, das Arbeitsbeschaffungsprogramm, der Ausbau der Arbeitsvermittlung, des Umschulungs- und Fortbildungswesens fortgesetzt, die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung sowie der Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden. Sogar zu einer Beseitigung der Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitszeit will sich die neue Regierung aufschwingen. Das klingt sehr verlockend; ob diese Versicherungen aber Vertrauen erwecken können, steht auf einem anderen Blatte. Die Urheber des Regierungsprogramms sind Vertreter des rückständigsten Scharfmachers- und Ausbeutertums, das bislang die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften auf das schärfste

bekämpfte, so daß von dieser Seite keine die Interessen des arbeitenden Volkes dienende Politik zu erwarten ist.

Um was es sich bei der Bildung der Bürgerblockregierung und dem Eintritt der Deutschnationalen in diese handelt, wird sehr bald offenbar werden. Der Unterschied zwischen der alten und neuen Regierung ist an sich kein besonders erheblicher. Auch die alte Regierung Marx-Stresemann hat die Geschäfte der Deutschnationalen in weitgehendem Maße wahrgenommen. Sie mußte aber doch hier und da den Arbeitern einige Konzessionen machen, weil sie für ihre Lebensfähigkeit der neutralen Haltung der Sozialdemokratie nicht entbehren konnte. Hierauf kann die Blockregierung nun verzichten; sie bedarf nicht mehr des Schleiers, mit dem sie bisher ihre arbeitserfindliche Haltung notdürftig zu verdecken imstande war. Sie kann sich in ihrer wahren Gestalt zeigen. Das ist — richtig betrachtet — ein Vorteil, da er allen Zweideutigkeiten ein Ende macht und Illusionen zerstört, die bislang in den Arbeiterkreisen aufkommen konnten. Nur gilt es, hieraus die Konsequenzen zu ziehen und alles für die Zeit vorzubereiten, wo wieder einmal zum Schlage ausgeholt werden kann. Die Arbeiterschaft wird bei den nächsten Wahlen zu zeigen haben, daß sie aus diesen Vorgängen gelernt hat!

Daß es den Blockparteien mit ihren der Arbeiterschaft gemachten Zusicherungen nicht ernst ist, bedarf nach dem Vorgegangenen keines besonderen Nachweises. Es geschah nicht von ungefähr, daß das Drängen der Deutschnationalen nach Teilnahme an der Regierung in letzter Zeit immer stärker und von den Deutschvolksparteilern aufs eifrigste unterstützt wurde. Eine ganze Anzahl wichtiger Entscheidungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts stehen bevor. Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, die Regelung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, der Arbeitszeitsfestsetzung, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens usw. ist in Angriff zu nehmen. Seit Monaten sehen die Scharfmacher aller politischen Richtungen alle Hebel in Bewegung, dies alles zu vereiteln oder doch in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Die Einigung mußte deshalb um jeden Preis herbeigeführt werden, um dem Vordringen der Gewerkschaften wirksam entgegenzutreten zu können. Sie zu erreichen, konnten die Deutschnationalen sehr wohl nach außen hin das Opfer ihrer monarchischen Ueberzeugung bringen. Ist doch ihr Monarchismus nur der Deckmantel für ihre Ausbeutungspolitik. Gewährt ihnen die Republik die gleichen Ausbeutungsmöglichkeiten, dann steht für sie nichts im Wege, sich auch mit ihr abzufinden. Die Re-

publik der uneingeschränkten Geldherrschaft erkeht ihnen das Gottesgnadentum vollständig, wenn sie ihnen zu Willen ist. Um so mehr gebietet aber die Pflicht der Selbsterhaltung und die Verteidigung ihrer sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft, diese gemeingefährliche Politik unschädlich zu machen. Die Arbeiterschaft hat die Macht dazu in ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Diese zu stärken und auszubauen ist dringend erforderlich. Geschieht es, dann können die Arbeiter den kommenden und unausbleiblichen Kämpfen mit ruhiger Zuversicht entgegensehen.

Die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Branchen.

Bei der großen Ausdehnung, die die Arbeitslosigkeit seit mehr als einem Jahre angenommen hat, erschien es seit längerer Zeit schon wünschenswert, über die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Branchen unseres Berufes näheres zu erfahren. Es wurde daher jetzt erstmalig bei der Arbeitslosenstatistik für Januar der Versuch hiermit gemacht und die Einteilung der Branchen im wesentlichen nach deren tariflicher Abgrenzung vorgenommen. Die Gliederung der Arbeitslosen nach ihrer Branchenzugehörigkeit ist auch fast restlos erfolgt. Von den 5940 Arbeitslosen am letzten Stichtage wurden für 5550 die dementsprechenden Angaben gemacht. Hiernach verteilen sich die Arbeitslosen auf die einzelnen Branchen wie folgt:

	Arbeitslose		
	männl.	weibl.	zusammen
1. Buchbinderbranche	1170	1670	2840 = 51 Proz.
2. Kartonnagenindustrie	435	1420	1855 = 34 „
3. Etuis-Industrie	125	80	205 = 4 „
4. Tüten- und Beutel-Industrie	25	205	230 = 4 „
5. Lugsuspapier- und Papierwarenbranche	100	320	420 = 7 „
zusammen	1855	3695	5550 = 100 Proz.

Es zeigt sich bei dieser Feststellung also, daß keine dieser aufgeführten Branchen eine besonders große Arbeitslosigkeit gegenüber den anderen aufzuweisen hat. Denn nach der letzten Branchenstatistik entfielen von den ermittelten 110 000 Berufsangehörigen 45 Proz. auf die Buchbinderbranche, 32 Proz. auf die Kartonnagen-Industrie, 3 Proz. auf die Etuis-, 7 Proz. auf die Tüten- und Beutelbranche und zirka 13 Proz. auf die Lugsuspapier- und Papierwarenindustrie. Mit Ausnahme der letztgenannten Industriebranche entspricht also das prozentuale Verhältnis der arbeitslosen Branchenangehörigen dem der Branchengliederung überhaupt. Die größere Differenz bei der Lugsuspapier- und Papierwarenindustrie sowie auch bei der Tüten- und Beutelbranche dürfte im wesentlichen auf den geringeren Prozentsatz der Organisierten dieser Branche zurückzuführen sein.

Die vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer.

L. P. Die Bestimmung des Einkommensteuergesetzes, daß bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse die Lohnsteuerbelastung des Lohnsteuerpflichtigen von vornherein durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags vermindert werden kann, ist vielen Kollegen und

Kolleginnen unbekannt. Der Lohnsteuerpflichtige hat Anspruch auf vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer, wenn er durch Unterhalt und Erziehung, einschließl. der Berufsausbildung der Kinder, durch die geistliche oder stitliche Verpflichtung der Unterhaltung mittel- oder losen Angehöriger, auch wenn sie nicht zur Haushaltung zählen, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, besonders wirtschaftlich belastet wird. Auch die Witwe mit minderjährigen Kindern hat Anspruch auf eine vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer, wenn ihr durch ihre Erwerbstätigkeit besondere Ausgaben anheimfallen. Als solche Ausgaben sind z. B. anzusehen, wenn sie sich eine Hilfskraft für den Haushalt halten muß usw.

Auch bei anderen Fällen ist die vorherige Lohnsteuerermäßigung möglich. Voraussetzung für die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags ist aber, daß durch besondere wirtschaftliche Umstände die Leistungsfähigkeit des Lohnsteuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigt wird.

Wird ein Antrag auf vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer erhoben, dann ist ein diesbezüglicher Antrag beim zuständigen Finanzamt schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben.

Die Anträge sind möglichst eingehend zu begründen und Unterlagen, wie Zeugnisse, Bescheinigungen usw. sind stets beizulegen.

Wie soll ein derartiger Antrag aussehen? Hier ein Beispiel.

An das Finanzamt
Lohnsteuerabteilung.

Betrifft: Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags wegen besonderer Aufwendungen infolge der Krankheit meiner Frau.

Auf Grund der §§ 56/70 des Einkommensteuergesetzes ersuche ich um die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags.

Meine Frau ist vollständig gelähmt und daher nicht in der Lage, den Haushalt selbst zu führen. Ich bin daher gezwungen, zur Pflege meiner Frau und zur Wartung meiner zwei Kinder und zur Führung des Haushalts eine Wirtschaftlerin zu halten. Durch diesen Umstand werde ich zu erheblichen Ausgaben veranlaßt. Die Befreiung dieser Ausgaben fällt mir sehr schwer. Durch die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags bzw. der vollständigen Stundung der Lohnsteuer würde mir eine wesentliche Erleichterung zuteil werden.

Ein ärztliches Zeugnis über den Krankheitszustand meiner Frau, eine Aufstellung der Ausgaben, die mir durch das Halten einer Wirtschaftlerin entstehen, und eine Bescheinigung über die Höhe meines Verdienstes lege ich bei.

(Unterschrift, Wohnort, Wohnung, Datum.)

Bemerkt sei auch, daß auch Anträge auf Erhöhung der allgemein steuerfrei bleibenden Beträge für Werbungskosten und Sonderleistungen gestellt werden können. Und zwar erfolgt eine Erhöhung dieser Beträge, wenn man nachweist, daß die Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 Mk., der monatlich dafür festgesetzt ist, übersteigen.

Zu den Werbungskosten gehören die notwendigen Ausgaben des Lohnsteuerpflichtigen, die durch die Fahrt zwischen der Wohnung und Arbeitsstelle und durch die Aufwendungen für Arbeitsmittel (Werkzeug und Berufskleidung) entstehen.

Zu den Sonderleistungen gehören die notwendigen Ausgaben für Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angefallten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen-, Pensions- und Sterbefällen, Versicherungsprämien, Sparanlagen (sofern die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall oder für den Fall des Erlebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als zwanzig Jahren vereinbart ist) zu leisten hat. Zu den Sonderleistungen gehören weiter Ausgaben für die Berufsbildung, Kirchensteuern, Verbandsbeiträge usw.

Wird ein Antrag auf Erhöhung der Sonderleistungen und Werbungskosten gestellt, dann ist der Antrag ähnlich zu formulieren wie der obige. Jedoch hat man sich hier auf die §§ 16 (Werbungskosten), 17 (Sonderleistungen), 70 und 75 zu berufen. Auch bei diesen Anträgen tut man gut, genaue Unterlagen beizulegen.

Die Erhöhung des allgemein steuerfreien Lohnbetrags schließt nicht die Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungssätze aus, wenn eine solche Erhöhung begründet ist.

Wird vom Finanzamt dem Antrag auf Erhöhung der allgemein steuerfreien Lohnsumme und Sätze für Werbungskosten und Sonderleistungen stattgegeben, dann wird ein dementsprechender Vermerk auf der Steuerkarte eingetragen.

Ist eine Erhöhung bewilligt worden, dann wird sie nur für eine bestimmte Zeit bewilligt, auf ein viertel oder halbes Jahr, nie aber über das laufende Kalenderjahr hinaus. Nach Ablauf der Dauer für die Ermäßigung kann ein neuer Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Lohnsummen gestellt werden.

Man tut gut, für 1927 den Antrag bereits jetzt zu stellen. Werden die Anträge auf vorherige Ermäßigung abgelehnt, dann braucht sich der Lohnsteuerpflichtige damit nicht zufrieden zu geben. Er kann Beschwerde beim zuständigen Finanzamt einlegen. Gibt das Finanzamt der Beschwerde nicht statt, dann hat es die Beschwerde an das Landesfinanzamt weiterzugeben. Gegen den Bescheid des Landesfinanzamts ist schließlich noch die Rechtsbeschwerde beim Reichsfinanzhof in München gegeben. Der Reichsfinanzhof entscheidet endgültig.

Jedem Kollegen und jeder Kollegin ist es zu empfehlen, gegebenenfalls von dem Recht der vorherigen Steuerermäßigung Gebrauch zu machen. Es entstehen ihm daraus nur wirtschaftliche Vorteile.

Gautkonferenz im Gau Sachsen.

Eine zahlreich besuchte Gautkonferenz für Sachsen tagte am 6. Februar in Chemnitz. Beratungsgegenstände waren:

1. Unsere tarifliche Lage. Redner: Kollege G. Häffner, Leipzig.
2. Ist eine weitere Beitragserhöhung zurzeit dem Verbands zum Vorteil und durchführbar? Redner: Kollege D. Vegler, Chemnitz.
3. Aussprache zu beiden Punkten und Entscheidungen.

Anwesend waren aus 25 Jahrestellen 47 Delegierte, aus 14 Gauen 14 Vertreter, 6 Beiratsmitglieder und 4 Vertreter des Gauvorstandes, zusammen 71 Teilnehmer. Außerdem interessierten sich 6 Gäste für die Veranstaltung.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden Heische-Leipzig und Fuhrmann-Grinna, zu Schriftführern Scheibe-Dresden und Grunt-Annaberg gewählt.

Heische ging kurz auf die Wichtigkeit der Konferenz ein und ersuchte um recht sachliche Behandlung der schwebenden Fragen.

Über „Unsere tarifliche Lage“ referierte Kollege Häffner-Leipzig. Ausgehend von Aussprüchen mancher Unternehmer, daß in ihren Betrieben kein Tarif Eingang finde, weist er nach, daß solche Anschauungen von denselben Unternehmern mit der Zeit doch über Bord geworfen wurden und sie sich durch die Verhältnisse zu Befürwortern des Reichstarifgedankens entwickelt haben. Redner berichtete dann über die verschiedenen Reichs-, Bezirks- und örtlichen Tarife innerhalb des Gaus, erwähnte besonders den Eltis-Reichstarif, sowie auch die Schwierigkeiten, die dem Abschluß eines Reichstaris für die Tüten- und Beutelindustrie entgegenstehen. Die Lage in dieser Branche ist besonders ungünstig durch die mangelhaften Verhältnisse in der Heimarbeit und in der Gefängnisarbeit. Zusammenfassend stellte Redner fest, daß wir mit dem Reichstarif trotz mancher ihm anhaftenden Mängel doch sehr gut gefahren sind und daß durch weiteren Zusammenschluß in den Branchen Verbesserungen zu erzielen sind, sobald die Wirtschaftslage eine bessere wird.

Die eingehende Aussprache hierzu war eine recht lebendige. Adler-Leipzig hegt große Bedenken, daß mit der Reichstarifpolitik noch Verbesserungen zu erzielen seien. Es müßte vielmehr eine rückschrittliche Tendenz konstatiert werden. Der Versuch solle einmal gemacht werden, ob nicht ohne Reichstarif bessere Fortschritte möglich seien. Auch für unser organisatorisches Fortkommen sei er zu einer Fessel geworden. Die weiteren Debatteredner sprachen sich im Sinne Häffners aus und verteidigten den Gedanken des Reichstaris, so die Kollegen Rottmann-Adorf, Tittel-Grinna, Pfüge-Chemnitz, Fuhrmann-Grinna, Heische-Leipzig, Scheller-Großsch, Grummit-

Annaberg, Thiele-Hartha, Lange-Dresden, Kollrich-Leipzig und Leibniz-Limbach. Die letzten zwei Kollegen äußerten sich im Sinne Adlers, ohne sich jedoch als entschiedene Gegner reichstariiflicher Regelungen anzusehen. Ein kurzes Schlusswort des Kollegen Häffner beendigte dann den ersten Punkt der Tagesordnung.

Als Referent über das Thema: „Ist eine weitere Beitragserhöhung zurzeit dem Verbands zum Vorteil und durchführbar?“ befaßte sich Kollege Vegler-Chemnitz gründlich mit der Lösung dieser brennenden Tagesfrage. Der Verbandstag in Hamburg habe sich mit der Revision der nach der Inflation zum Verbandsvorstand und Beirat beschlossenen Unterstellungen sehr eingehend befaßt. Außer der Invalidenunterstützung seien durch die Geldentwertung alle Unterstützungseinrichtungen abgebaut gewesen. Vegler zog eingehende Vergleiche mit früheren Unterstützungseinrichtungen unter Beachtung des gegenwärtigen Standes der Markt und des Verbandsvermögens am Jahreschlusse 1925. Sei schon ein großes Murren über die letzte Erhöhung der Beiträge bis heute noch nicht verstummt, dann habe die nunmehr in Aussicht genommene weitere Erhöhung der Beiträge und die Verlängerung der Unterstütlungstage eine derartige Gegnerschaft in den Reihen der Mitglieder gefunden, daß man diese Erhöhung keineswegs befürworten könne. Es sei höchstens zu erwarten, daß die Einnahmen geringere würden, da die Mitglieder in untere Klassen abwandern oder austreten würden.

Die Arbeitslosen könnten vom Verband allein nicht über Wasser gehalten werden. Hier würden die Einnahmen nie ausreichen. Große Schwierigkeiten sind doch bekannt bezüglich der Kontrolle der Ausgesteuerten in den Jahrestellen und Bureaus. Man müsse auch an die große Zahl der Kurzarbeiter denken, denen es oft nicht besser gehe, und die bei vier Tagen Arbeit ihren vollen Beitrag zahlten. Denkbar sei ein höherer Beitrag für besser bezahlte Kollegen. Der Redner kommt zu dem Ergebnis, daß die Vorlage entschieden abgelehnt werden müsse.

Als erster Debatteredner teilte Rottmann-Adorf den Standpunkt Veglers, erhebt aber gegen den ADGB den Vorwurf, daß er in der Erwerbslosenfrage nicht mehr zugreife. — Grummit-Annaberg polemisiert ebenfalls gegen weitere Erhöhung der Beiträge und gegen die Verlängerung der Unterstütlungsbauer für Erwerbslose und Ausgesteuerte. Teilweise hätten Ausgesteuerte sich gar nicht mehr auf dem Bureau sehen lassen und für die Folge nicht das geringste Interesse am Verbands gezeigt. Auch den Kurzarbeitern gegenüber sei die Vorlage untragbar. — Breuer-Annaberg teilte diesen Standpunkt. — Walther-Leipzig vertrat den Vorschlag des Verbandsvorstandes und glaubte, den Provinzkollegen Vorwürfe darüber machen zu müssen, daß diese auf dem letzten Verbandstag sogar bereit gewesen waren, dem Spitzenbeitrag bis 1,50 Mk. ohne Lokalzuschlag zuzustimmen. Er glaubt auch an eine Stärkung des Kampfbundes durch die Erhöhung der Beiträge, hätte aber lieber gesehen, daß der Verbandstag allein über diese so wichtige Angelegenheit sprechen und entscheiden würde. — Fuhrmann-Grinna widersprach der Ansicht Walthers, daß auf dem Verbandstag in Hamburg die Kollegen aus der Provinz sich so wie geschildert, verhalten hätten. Gerade bei diesen Beratungen sind doch in der Hauptsache Großstädter in der Kommission gewesen. Er bringt Vergleiche zu Gehör, wonach in anderen Gewerkschaften höhere Löhne bei wesentlich niedrigeren Beiträgen festzustellen sind. — Ein von Kollrich-Leipzig eingebrachter Antrag, Ertragsbeiträge zu erheben statt Beitragserhöhung, wird nicht unterstützt. — In längeren Ausführungen verteidigt auch Heische-Leipzig die Vorlage des Verbandsvorstandes und weist die Ansicht ernsthaft zurück, daß es den Arbeitslosen etwa besser ginge als Kurzarbeitern und anderen Arbeitenden. — Von den Beiratsmitgliedern vertrat nur Kollrich die Vorlage, während sich Schuffenhauer-Chemnitz, Zierold-Annaberg und Mischke-Dresden dagegen erklärten.

Mischke-Dresden verwahrt sich dagegen, daß die Meinung der Mitglieder dahin geht, der Beirat sei nur für die Beitragserhöhung da. In diesem Falle seien die Dresdener Beiratsmitglieder nicht für weitere Erhöhung. Die häufigen Beitragserhöhungen müssen einmal zurückgestellt werden. So gut, wie bei den Verhandlungen keine Lohnerhöhung zustande kommt,

Der preußische Handelsminister über die Gewerkschaften.

Redende Staatsmänner sind in einem demokratischen Gemeinwesen nichts seltenes. Denn eine Regierung, die von der Mehrheit des Volkes getragen ist, muß sich durch Einwirken auf die öffentliche Meinung eine gewisse Rückversicherung verschaffen. Im kaiserlichen Deutschland war für Minister und Staatsmänner Schweigen Gold und Reden Silber. Sie wurden ja auch nicht von den Abgeordneten des Volkes bestimmt, sondern von dem jeweiligen Throninhaber auf ihren Posten gestellt. Allerdings sind auch schon früher Minister auf Tagungen von Unternehmervereinigungen anwesend gewesen. Man fühlte sich dort unter Gleichen. Aber daß jemand auf einer Versammlung der Unternehmer eine Lanze für die Gewerkschaften brach, das war früher ein Ding der Unmöglichkeit.

Daß es heute anders ist, wurde kürzlich von dem preußischen Handelsminister Dr. Schreiber auf der Tagung des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ deutlich dargelegt. Dieser Verein war früher die Domäne der Bueck, Beumer und Genossen, es war das reaktionärste Gebilde, was man sich denken konnte. Auch heute noch ist er eine reine Interessengruppe der schweren Industrie. Und darum mußte eine Rede, die die Kulturarbeit der Gewerkschaften treffend unterstrich, in diesem Gremium eigentümlich klingen und ein verschiedenes Echo finden. Dr. Schreiber redete über „Politik und Wirtschaft“. Zu dem Verhältnis des Unternehmertums zur Arbeiterschaft bemerkte Dr. Schreiber unter anderem:

„Die Förderung des Gedankens der Werksgemeinschaften und die damit verbundene Ausschaltung der Gewerkschaften ist falsch. Wer die Gewerkschaften ausschalten will, vergift die historisch gewordenen Tatsachen. Die Gewerkschaften haben sich ein großes Verdienst um die kulturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Massen erworben... Man darf dem Arbeiter

nicht die Hoffnung auf eine bessere Gestaltung seiner Lebensbedingungen nehmen. Die Bedeutung des Unternehmertums wird dadurch nicht geschmälert, daß sie sich in diesem Sinne umstellt. Es gilt, auch die Beziehungen der arbeitenden Menschen zueinander zu rationalisieren. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Emanzipation der deutschen Arbeiterklasse ist abhängig von der geistigen Umstellung unseres Volkes. Dies gilt nicht nur für die arbeitenden Massen, sondern auch für das Unternehmertum. Hier gibt es noch unendlich viel zu tun. Wir müssen dahin kommen, daß der Mensch nicht mehr nach seiner staatsbürgerlichen Stellung unterschieden wird. Wir müssen auf eine Beseitigung der klassenmäßigen Schichtung hinarbeiten. Es sollte keine Klassenunterschiede mehr geben, sondern nur noch Stufen des gleichen bürgerlichen Standes. Der Mensch soll nicht nach seinen Ahnen, sondern nach seiner Tüchtigkeit eingeschätzt werden.“

Wenn Staatsmänner über Dinge allgemeiner Natur reden, dann gibt es gewiß auch Meinungsverschiedenheiten. Aber eine reinliche Scheidung der Geister erfolgt erst, wenn sie sich über Arbeiterfragen austauschen. Das ist der Berggipfel, wo das Wasser entweder links oder rechts herunterlaufen muß. Und das ist gut so. Wer nicht mit den Gewerkschaften ist, ist gegen sie. Wir unterschreiben sicher nicht jedes Wort, das der preußische Handelsminister sagt. Dennoch erkennen wir die Offenheit an, mit der er sich in diesem erlauchten Kreise über die organisierte Arbeiterschaft ausließ. Das Echo, das dieser Rede folgte, ließ wieder einmal eine Scheidelinie klar hervortreten. Wären die freien Gewerkschaften an Mitgliederzahl doppelt so stark, und würden die Hand- und Kopparbeiter bei politischen Wahlen sozialdemokratisch wählen, wozu sie ihrer Klassenlage gemäß verpflichtet sind, dann würde es nur wenige Staatsmänner geben, die das Wirken der Gewerkschaftsbewegung nicht frei und offen anerkennen würden. Wahrscheinlich würde aber auch der Chorus geringer an Zahl sein, der solche Reden mit hämischem Gefläß begleitet.

sei es auch nicht gut denkbar, Beiträge zu erhöhen. Er wünschte noch, daß die eingegangene Resolution die Beiratsmitglieder nicht binden soll. — Herzog-Dresden betonte, daß, wenn der Verbandsvorstand erklärt, mit der letzten Erhöhung nicht auszukommen, dann dürfte auch bei der jetzigen Vorlage dasselbe zutreffen. Durch rechnerische Unterlagen weist er nach, daß auch durch die Verlängerung der Unterstützungstage eine weitere Beitragserhöhung folgen müßte.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme, da jedenfalls genügend Redner zu Worte kamen. Legler verzichtete aufs Schlußwort. Das Stimmrecht wird allen Anwesenden zugesprochen. Es erfolgt nunmehr die Abstimmung über die zu Beginn der Debatte eingebrachte Resolution:

I.

Die am 6. Februar 1927 in Chemnitz tagende Gaukonferenz des Gauses Sachsen, vertreten durch 71 Delegierte aus 25 Zahlstellen und 14 Gaunorten, erkennt an, daß der VV. mit seiner in Nummer 3 veröffentlichten Vorlage, die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung bei entsprechender Beitragserhöhung betreffend, das Wohl der Kollegenschaft sowie des Verbandes selbst im Auge gehabt hat.

Trotz dieser Anerkennung sind die Konferenzteilnehmer, die ein Drittel der Verbandsmitglieder Deutschlands vertreten, der Meinung, es wäre besser gewesen, der VV. hätte Abstand genommen, die Gemüter erneut zu beunruhigen nach nur erst vor zehn Wochen erfolgter Beitragserhöhung.

Die Konferenzbesucher ersuchen den VV. und den Verbandsrat dringend, zurzeit von einer weiteren Beitragserhöhung Abstand zu nehmen und erklären: Eine Beitragserhöhung in jetziger Zeit ist in unserem Gau unter gar keinen Umständen tragbar, unter anderen

auch deshalb nicht, weil recht große Teile der Kollegenschaft als Kurzarbeiter einen viel schwereren Stand in der Lebenshaltung zu führen haben, als so manche der Arbeitslosen.

Ferner sind die Teilnehmer der Konferenz der Ueberzeugung, daß mit 5 resp. 10 Pfennig Beitragserhöhung und entsprechender Unterstützungssteigerung den Arbeitslosen und Ausgesicherten kaum wesentlich geholfen werden kann, sondern, um diese Frage zu lösen, eine weit höhere Beitragserhöhung notwendig wäre. Eine Erhöhung der Beiträge im besagten Sinne würde nur zur Folge haben eine Abwanderung der Mitglieder in eine niedrigere Beitragsklasse, oder, was schlimmer wäre, der Weggang des Austritts aus dem Verbands.

Aus all diesen Gründen warnt die Konferenz den VV. und den Beirat nachdrücklich, in jetziger Zeit Fehlbeschlüsse zu fassen.

1.

Der Beihilgebeitrag ist in seiner jetzigen Höhe beizubehalten.
Die Leistung eines Pflichtbeitrages soll der Regelung des Verbandstages überlassen bleiben.

Der erste Teil der Entschließung wurde gegen wenige Stimmen angenommen, während der zweite Teil einstimmige Annahme fand.

Prüfer eruchte dann die Funktionäre um gewissenhafte statistische Angaben, die erforderlich sind, um den Spitzenorganisationen erschöpfende Berichte geben zu können.

Vorsitzender Heise stellte fest, daß erfreulicherweise eine sehr sachliche Debatte zu beobachten gewesen sei. Von besonderer Wichtigkeit sei das gute Zusammenarbeiten von Großstadt und Provinzorten, was für die Zukunft um so notwendiger sei, als es

jetzt häufiger vorkomme, daß Großbetriebe ihre Produktionsstätten nach kleinen Orten verlegen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die heute geleistete Arbeit belebend und fruchtbringend für den großen Gau wirken möge, zum Wohle des Verbandes.

M. Scheib e.

Zahlstellenkonferenz im Gau Südbayern.

Am 6. Februar fanden sich die Kollegen und Kolleginnen des Gaus Südbayern zu einer Zahlstellenkonferenz zusammen. Die Tagung hatte folgende Punkte zu behandeln:

1. Unsere tarifliche Lage.
2. Ist eine weitere Beitragserhöhung zurzeit dem Verbands zum Vorteil und durchführbar?

Vor Eintritt in die Tagung gedachte Koll. Baer durch ehrende Worte des verstorbenen Kollegen Hans Hemmerich, Gauleiter des Verbandes der Buchdrucker, der auch uns ein guter Berater und treuer Freund war.

Kollege Faust behandelte dann einleitend „Unsere tarifliche Lage“ von ihrem Ausgangspunkte bis zur Gegenwart. Die Entwicklung zeigt eine fortwährende Steigerung der Lebenshaltungskosten, während auf der anderen Seite kein Lichtpunkt durch Angleichung der Entlohnung sichtbar ist. Die Rationalisierung erfolgt durchweg auf Kosten der Arbeiterschaft, und man sehe überall den Drang nach Lohnabbau und Befreiung der sozialen Lasten, obwohl der gesunde Inhalt der Rationalisierung eine Hebung des Inlandmarktes und damit der Kaufkraft der produktiven Kräfte vorsehe. Auch unsere letzten Tarifverhandlungen zeigten eine ungläubliche Kurzsichtigkeit der Unternehmer. Es mußte der laufende Lohnsatz unverändert bis zum 13. April verlängert werden. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse beim Abschluß für die Kartonnagenarbeiterschaft. Dort wollte man mit allen Mitteln den ohnehin schlechten Lohnsatz noch weiter reduzieren und auch in den Mantelbestimmungen wollte man alle möglichen Verschlechterungen einfügen. Auch hier ist nach heftiger Gegenwehr eine Verlängerung des bestehenden Tarifes beschlossen worden. Für die Kollegenschaft besteht die Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß ein triebhafter Geist einkehre, um für spätere Zeiten gerüstet zu sein.

Zum Punkt „Beitragserhöhung“ sprach Kollege Baer. Als nach der Inflation die Stoffverhältnisse unseres Verbandes die denkbar schlechtesten waren, kam in jedem wohlmeinenden Mitgliede unseres Verbandes der Gedanke zum Durchbruch, daß jeder sein möglichstes zu tun habe, um dem Wert und den Zielen des Verbandes wieder Inhalt zu geben. Wenn später unser Hauptkassierer wieder von geordneten Verhältnissen reden konnte, dann zeigt dies, daß der Ruf befolgt wurde, wie man auch bei späteren Gelegenheiten, trotz mancher Abneigung, immer wieder sein Scherflein gegeben hat. Dem gegenwärtigen Plan steht Redner nicht sympathisch gegenüber, da durch fortwährende Steigerung der Lebenshaltung kein Ausgleich durch erhöhte Löhne gegeben sei, der Etat des einzelnen verträge eine weitere Belastung nicht mehr. Es sei nach Mitteln und Wegen zu suchen, erhöhte Einnahmen zu erzielen. Dies könnte geschehen durch Einführung einer sechsten Beitragsklasse, in der alle über Tarif Entlohnten erfasst werden. Wir sind bereit, alles zu tun, um den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen zu helfen. Es wäre auch zu erwägen, ob nicht den örtlichen Einnahmen ein größerer Spielraum zu gewähren sei, da besonders nach dieser Richtung bedeutende Leistungen zu verzeichnen sind. Die Zahlstelle München hat hier vorbildlich gewirkt. Derartige Zuschüsse erfassen die von der Not am härtesten Betroffenen am besten, da persönliche Orientierung über die Lage des einzelnen die Bedürftigkeit durchgreifend berücksichtigt. So sollte man ohne Voreingenommenheit die Frage würdigen.

Die folgende Diskussion ließ zunächst die Kollegen aus der Provinz zu Worte kommen. Die Kollegin Danner schilderte die Verhältnisse von Landshut, die lange Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mache es der Kollegenschaft unmöglich, die hohen Beiträge zahlen zu können. Dann komme noch der Christliche Verband mit in Frage. Dieser verlange nur einen Beitrag von 30 Pf. Durch diese Verhältnisse sei der Mitgliederstand, der früher 130 betragen hatte, auf 16 zurückgegangen. Im gleichen Sinne sprachen die

Kollegen Jungblut-Kaufbeuren, Scherer-Rosenheim, Pfarrisch-Freifling und Siegmund-Mugsburg. Letzterer meinte, daß man wieder mehr den Kampfscharakter des Verbandes hervorkehren solle. Man sollte außer Arbeitslosen- und Streikunterstützung alle Unterstützungen streichen. Kollege Müller-München wies zunächst auf die gewaltigen Leistungen unseres Verbandes hin und hob an der Hand von Vergleichen mit anderen Verbänden hervor, daß wir in der Steuerung der augenblicklichen Nöte mit an der Spitze marschieren. Er sei anfänglich auch gegen die geplante Beitragserhöhung gewesen, müsse aber nach diesen Feststellungen ein entschlossenes Bekenntnis für Gegenteile abgeben. Kollege Kinde wünscht den gegenwärtigen Zustand unverändert zu belassen. Er meint, daß innerhalb der Betriebe bei Arbeitsknappheit die Kurzarbeit möglichst einheitlich zur Anwendung kommen soll, damit die Lasten nicht zu schwer auf den einzelnen wirken. Ein von Kinde gestellter Antrag, der ohne Widerspruch angenommen wurde, wünschte, daß das Beiratsmitglied Stephan ergrüht wird, betreffs Beitragserhöhung und Unterstützungsweiterung eine Urabstimmung zu beantragen. Kollege Stephan brachte seine Freude über die Einheitslichkeit der Auffassung bezüglich der Beitragsfrage zum Ausdruck, so daß er zur Beiratsversammlung in seinem Handeln bestärkt sei. Weiter bemängelte Redner den Abschluß in Oberschlesien (Brieg usw.) und die Verlängerung des V.D.B.-Lohntarifs bis zum 13. April. Die Verlängerung hätte im Hinblick auf kommende Preissteigerungen und die in Aussicht stehende Mietpreissteigerung nicht über den 1. April hinaus gehen dürfen. Die Kollegen Xaver Brugger und Martin Brugger schließen sich bezüglich Oberschlesien den Ausführungen Stephans an, wie sie auch die Regelung der Beitragsfrage zurzeit nicht für zweckmäßig halten, allenfalls könne man sich mit einer kurzfristigen Extrasteuer abfinden. Nach einem Appell des Kollegen Baer, alle Kräfte für die kommende Zeit nutzbar zu machen und mit neuem Werk und frischem Mut die Organisation zu stärken, wurde die Konferenz geschlossen. A. B a e r.

Zur Beitragsfrage.

Der in Nr. 3 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichte Vorschlag des V. B. über „Beitragserhöhung und Unterstützungsweiterung für Arbeitslose“ hat eine erfreuliche Debatte in unserem Organ gezeitigt, doch die jetzigen Ausführungen klingen wesentlich anders, wie im Sommer des Vorjahres, als der V. B. erstmalig in den Gauen und Zahlstellen wegen der gleichen Angelegenheit Umfrage hielt. Soweit wir unterrichtet sind, haben sich seinerzeit die großen Zahlstellen ablehnend verhalten. Ein Schrei der Entrüstung, besonders der kleinen Zahlstellen, ging durch die Spalten unserer Presse ob des unkollegialen und unsolidarischen Verhaltens der großen Zahlstellen. Heute klingt das Lied ganz anders. Man findet eine Erhöhung der Beiträge unerträglich, schimpft auf den Staat, vergißt aber dabei, daß es dem Staat, insbesondere mit seinen jetzigen Regierungsmännern, nicht einfallt, in dem von uns gewünschten Sinne den Arbeitslosen zu helfen, vergißt dabei, daß die Arbeiterschaft selbst einen ganzen Teil der Schuld zu tragen hat, daß der jetzige Zustand in Reichs- und Landesparlamenten und Regierungen eingetreten ist. Kennt nicht offene Türen ein, sondern sorgt dafür, daß bei den jeweiligen Wahlen der richtige Stimmzettel abgegeben wird. Wir vertreten gleichfalls die Auffassung, daß der Staat die Verpflichtung hat, für seine Bürger einzutreten, die ohne Schuld in Not geraten. Aber solange dies der Staat nicht tut, müssen wir wohl oder übel den Versuch unternehmen, die Not unserer auf der Straße liegenden Kollegenschaft zu lindern, so schwer es auch manchen fallen mag. Vielleicht ist das ein Grund mit, um in kommenden Fällen die Wahlsache und Interesslosigkeit zu beseitigen. Wir in Leipzig sind sicher auch nicht auf Rosen gebettet. Keine andere Stadt in unserem Bereiche, insbesondere der Buchbinderei, hat im Vorjahre so arg unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gelitten wie Leipzig. Die Statistiken reden eine deutliche Sprache. Auch für 1927 machen sich schon die gleichen Anzeichen bemerkbar. Die Leipziger Buchbinderarbeiterschaft hat erkannt, daß Politik und Wirtschaft zunächst noch andere Wege gehen, als wir sie wünschen. Und solange dies der Fall ist, haben wir die voll-

darische Verpflichtung, unserer arbeitslosen Kollegenschaft helfend zur Seite zu stehen.

Gewiß wissen wir auch, daß der jetzige Lohn nicht den teuren Lebensverhältnissen entspricht. Doch Beitragserhöhung und Unterstützungsweiterung davon abhängig zu machen, daß erst der Lohn erhöht wird, ist doch wohl abwegig, entspricht auch nicht den gewerkschaftlichen Grundgedanken. Erst müssen wir die Beiträge erhöhen, die Schlagkraft des Verbandes stärken, um Lohn erhöhungen zu erzwingen. Wir glauben — nach unseren Berechnungen — nicht fehl zu gehen, daß ein ganz ertüchtliches Stimmchen zur Stärkung der Verbandskasse übrig bleibt, um die Zeitstrafe für Kämpfe, die uns jedenfalls in nächster Zeit bevorstehen, zu festigen, wenn nur eine Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung nebenher geht. Wohl sind wir in Leipzig in der Beitragsfrage nicht alle einer Meinung, doch unsere Versammlungen haben sich in Anbetracht der Sachlage mit Mehrheit für den Vorschlag des V. B. ausgesprochen. Der Beiratsbeitrag muß in der jetzigen Höhe belassen werden.

Der Pflichtbeitrag ist abzulehnen. Es wird Aufgabe des kommenden Verbandstages sein, diese Frage zu regeln. Eine weitere Staffelung der Beitragsklassen eintreten zu lassen, wie z. B. von Dür vorzuschlagen, hat der Beirat kein Recht. Ob es möglich ist, diesem Vorschlag überhaupt näher treten zu können, wage ich heute zu bezweifeln. Gewiß würde ein Teil der Affordarbeiter, der immerhin einige Mark mehr verdient als der Stundenarbeiter — doch nicht in allen Fällen —, gern bereit sein, einen noch höheren Beitrag zu leisten, aber doch nur solange, wie ein Mehrverdienst erzielt wird. Die rückliegende Zeit hat gezeigt, daß der Affordarbeiter und die Affordarbeiterin zehn Monate und länger kurz gearbeitet haben, insbesondere in der Buchbinderei, auf die besonders hingewiesen wurde, und deshalb die Verdienste nicht höher liegen wie bei einem Stundenarbeiter. Kommen wir in stabilere Arbeitsverhältnisse, dann müßte auf kommenden Verbandstagen diese Frage geprüft werden. Doch glaube ich, daß man nicht zwangsweise alle Affordarbeiter verpflichten könnte, diese höhere Beitragsklasse zu bezahlen, da die Verdienstmöglichkeit außerordentlich verschieden ist. Der faktualistische Einführung einer höheren Beitragsklasse für männliche Mitglieder würde ich für kommende Zeiten nicht abgeneigt sein
H e s c h e, Leipzig.

Ist die Verlängerung der Arbeitslosen-Unterstützung notwendig?

Zur Klärung dieser Frage fordert der Verbandsvorstand die Mitglieder in der „Buchbinder-Zeitung“ zur Diskussion über seine Vorschläge auf. Die diesmal sehr regen Äußerungen in der „Buchbinder-Zeitung“ zeigen, daß es sehr richtig ist, diese Vorschläge reichlich zu unterziehen und schon vor der Tagung des Beirats eine gewisse Klärung zu schaffen.

Eine Erhöhung der Beiträge in der jetzigen Zeit ist gewiß das Schwierigste, was ich mir denken kann und so unpopulär wie möglich. Aber wie kommt der Verbandsvorstand überhaupt zu seinen Vorschlägen? Da muß doch gesagt werden, daß die Notstände aus allen Teilen des Reiches, daß die Mitglieder, die lange Monate erwerbslos und dann ausgesteuert sind, weitere Hilfe vom Verbandsvorstand erwarten, wahrscheinlich die Ursachen sind. Weiter ist doch wohl die schwerwiegende Tatsache zu beachten, daß die bestehenden Lohnsätze durch die ausgesteuerten Arbeitslosen, die um jeden Preis arbeiten müssen, in Gefahr kommen. Wenn nun gesagt wird, erst Lohnhöhung, dann Beitragserhöhung, dann ist diese Einstellung, wenn auch begreiflich, so doch so falsch wie möglich. Denn gerade die große Armee der Arbeitslosen verhindert ja zurzeit noch den Versuch zur Erzielung höherer Löhne. Und die Unternehmer wissen genau, daß diese Unmöglichkeit jetzt vorliegt und versuchen durch langfristige Verträge allen Gewinn aus der Umstellung für sich zu sichern.

Nun wird von einigen Kollegen betont, daß die Unterstützung der Arbeitslosen und Ausgesteuerten Sache des Staates sei. Doch von diesem Hinweis wird das Elend unserer Kollegen nicht kleiner. Leider haben wir noch nicht die Macht, die bestehende Klasse zu zwingen, ausreichend für die Opfer ihrer Produktionsweise zu sorgen und müssen deshalb verlangen, selbst unseren Arbeitsbrüdern zu helfen. Frei-

willig wird das Kapital nicht für ausreichende Regelung der Arbeitslosenunterstützung eintreten, sondern diese Unterstützung so erbärmlich wie möglich gestalten und immer wieder von der sogenannten Bedürftigkeit abhängig machen, also kein Recht, sondern höchstens Almosen gewähren. Denn diese Herrschaften haben ja das größte Interesse an dem dauernden Bestehen einer riesenhafte ausgepowerten Reservearmee von Arbeitslosen, schon um die Löhne so niedrig wie möglich zu halten.

Drum muß es immer erneut gesagt werden, auch denjenigen, die sich einbilden, Dauerstellung zu haben: die beste und einzige Sicherung der bestehenden Lohnsätze ist die ausreichende Unterstützung derjenigen, die erwerbslos sind, und die oft auch deshalb nicht zu den langjährig Beschäftigten gehören, weil sie als Funktionäre und Vorkämpfer für die Allgemeinheit eintreten und deshalb bei Geschäftsflaute möglichst zuerst abgehoben werden.

Nun berichtet die „Buchbinder-Zeitung“, daß in einer ganzen Reihe von Zahlstellen schon durch Lokalkassen und Extramarken Mittel aufgebracht werden, um dem größten Elend zu steuern. Dies beweist doch die Notwendigkeit und auch Wichtigkeit der Hilfe. Warum will man sich dann dagegen sträuben, dem Verbandsvorstand die Mittel zu geben, zentral und allen durch längere Dauer der Unterstützung zu helfen? Gerade die hohen Ortsbeiträge verhindern ausreichende Zentralbeiträge. Hier muß die notwendige Korrektur vom Verbandstag vorgenommen werden, der einen ausreichenden Zentralbeitrag beschließen muß. Die lokalen Bedürfnisse müssen aus den verbleibenden Prozenten gedeckt werden.

Leider ist es nicht möglich, die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Klassen in den verschiedenen Zahlstellen an Hand der Abrechnungen festzustellen. Doch weiß ich aus jahrzehntelanger Tätigkeit in Leipzig und Berlin, daß es nur der energischen Arbeit der Funktionäre dieser Orte zu danken ist, wenn das Gros der Mitglieder in den höchsten Klassen steuert, trotzdem gerade in diesen Orten die Affordarbeiter der V.D.B.-Betriebe monatelang regelmäßig vertüzt arbeiten. Nun ist doch Tatsache: 75 Proz. der Mitglieder sitzen in den zehn größten Zahlstellen und haben unter langandauernder Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit zu leiden. Da kann natürlich nicht das ängstliche Interesse weniger Kleiner für den Beruf unbedeutender Orte maßgebend sein. Bemerken will ich noch, daß die Mitglieder in der Großstadt durch höhere Miete und durch notwendige Fahrgehalte Mehrausgaben haben, die durch den höheren Lohn nicht immer aufgewogen werden.

Nun wird noch vorgeschlagen, die Krankenunterstützung abzuschaffen und die Tagesätze der Arbeitslosenunterstützung zu kürzen. Beide Wege sind nicht gangbar. Die erste Unterstützung hat der Hamburger Verbandstag als notwendig erneut wieder eingeführt. Und zu der anderen Anregung ist zu sagen, daß gerade die Aufhebung der Unterstützung 1923 die Mitgliederstudt zum großen Teil mit bewirkt hat. Durch eine Beitragserhöhung wird auch Abwanderung in niedrigere Klassen befürchtet. Ja, sind denn die Ausführungen über den Kollegen „Eisig“ in der „Buchbinder-Zeitung“ nicht gelesen worden, wo nachgewiesen wurde, wie ungeheuer sich die Mitglieder durch Sparen beim Beitrag selbst schädigen? Hier hat natürlich Erziehung und Aufklärung einzusetzen. Die Schaffung von noch mehr Klassen ist abzulehnen, da die Verwaltung dadurch noch mehr erschwert, verteuert und umständlicher wird. Die Verwaltung muß möglichst wenig Klassen umfassen, dadurch übersichtlich, billig und einfach zu handhaben sein. Diese Ueberzeugung wird jeder halbwegs mit Raffengeschäften vertraute Funktionär haben. Auch Selbstversicherung durch freiwillige Beiträge ist abzulehnen, da die Erstattung aller Mitglieder notwendig ist. Denn je größer und dadurch tragfähiger der Personenkreis ist, desto größer sind die gewonnenen Mittel und um so umfassender und nachdrücklicher kann die Hilfe durch Ausbau des Unterstützungswezens einsetzen. Auch verlockt die Erfahrung bei der freiwilligen Invalidenversicherung der Kollegen nicht gerade zu neuen Experimenten auf diesem Gebiet. Also, es ist notwendig im Interesse unserer selbst, auch das jetzt vorgeschlagene neue Opfer auf uns zu nehmen, die Verbandskasse zu stärken und praktisch Solidarität zu üben.

Julius Otto, Berlin.

Zur Beitragserhöhung.

Die Motive, die den Verbandsvorstand bewegen, eine Beitragserhöhung und gleichzeitig eine Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung herbeizuführen, mögen gute sein, doch müssen gegen die Annahme des Vorschlags des Verbandsvorstandes Bedenken erhoben werden. Wenn wir schon im November vorigen Jahres eine Erhöhung der Beiträge erhalten haben und jetzt nach dieser kurzen Frist eine weitere Erhöhung eintreten soll, dann würden diese Beschlüsse auf unsere Mitglieder stark beunruhigend. Mit der ersten Erhöhung haben sich trotz vieler Widerstände die Mitglieder abgefunden, doch die geplante weitere Erhöhung hat in den Berliner Mitgliederkreisen starken Widerspruch hervorgerufen. Die Befürchtung liegt sehr nahe, daß die Mitglieder entweder unserer Organisation untreu werden oder daß eine Abwanderung in die niedrigeren Klassen stattfindet.

Ich halte den Weg, den der Verbandsvorstand einschlägt, durch den Beirat derart wichtige Statutenänderungen herbeizuführen, für unzulässig. Der Kollege — r. (Nr. 4 der „Buchbinder-Zeitung“) hat ganz richtig die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß derartige einschneidende Bestimmungen nicht durch den Beirat geregelt werden können. Das trifft nicht nur zu auf die Erhöhung der Beiträge, sondern auch auf die Einführung des Pflichtbeitrages. Wenn mehrere Verbandstage den Pflichtbeitrag regelmäßig abgelehnt haben, dann kann der Beirat sich dem nicht entgegenstellen. Seit wann steht der Beirat in seinen Befugnissen über dem Verbandstag?

Die Begründung des Vorschlags zur Erhöhung der Beiträge halte ich für verfehlt. Wenn der Verbandsvorstand schreibt, daß kein Zweifel darüber vorhanden ist, daß die Einnahmen aus den Extrabeiträgen die Ausgaben nicht decken, dann ist das meiner Meinung nach eine Anschauung, die nicht zutreffen kann, da der Verbandsvorstand keine bestimmte Unterlage zur Beurteilung hat. Im November vorigen Jahres sind die Extrabeiträge eingeführt und die Abrechnungen vom vierten Quartal haben dem Verbandsvorstand noch gar nicht vorgelegen, so daß der Verbandsvorstand sich überhaupt kein Urteil über die Ergebnisse der Einnahmen und Ausgaben bilden kann. Aus diesem Grunde — da noch keine Unterlagen vorhanden sind — halte ich die Einberufung einer Beiratsitzung für zu verfrüht. Ich muß die Beiratsmitglieder dringend ersuchen, eine weitere Veränderung der Beiträge nicht vorzunehmen, wenn sie keine große Schädigung unserer Organisation herbeiführen wollen. Die verschiedenen Auslassungen in unserer Zeitung, daß evtl. eine neue Beitragsklasse, Kürzung der Tagesessé, Verlängerung der Karenz usw. eingeführt werden soll, bedeuten eine Statutenänderung. Deswegen bitte ich die Beiratsmitglieder, das Motiv „Hände weg von einer Änderung des Statuts“ beizubehalten.

Eine Veränderung des Statuts kann und darf nur ein Verbandstag vornehmen, doch niemals eine Beiratslagung. Die Berliner Kollegschaft würde sich mit der Beibehaltung des augenblicklichen Extrabeitrages einverstanden erklären, gleichzeitig auch mit Beibehaltung der augenblicklichen Karenz, doch eine weitere Veränderung der Beiträge würde die größte Opposition hervorrufen. Wir haben in Berlin große Arbeitslosigkeit und auch viel Kurzarbeit. Wenn eine Beitragserhöhung eintreten soll, dann kann diese nur im Zusammenhang mit einer Erhöhung des Stundenlohnes erreicht werden. So gern man den Arbeitslosen helfen möchte, ist man doch an die Leistungsfähigkeit unserer Mitglieder gebunden. Wir haben in Berlin das Menschenmögliche für unsere Mitglieder getan. Im Jahre 1926 haben wir aus der Wotakasse über 32 000 M. an Extraaufwendungen den Arbeitslosen geholfen. Wenn in einzelnen Artikeln auf die hohen Löhne in Berlin und auch darauf Bezug genommen wird, daß evtl. von denen, die im Afford viel Geld verdienen, ein höherer Beitrag geleistet werden kann, dann ist zu bemerken, daß unter den 9000 Mitgliedern, die wir in Berlin haben, sich nur ein kleiner Bruchteil befindet, die man als „Specksgelben“ ansprechen kann und das wird insofern auch noch korrigiert, daß viel Kurzarbeit vorhanden ist, so daß nur ein Ausglick des Verbleibtes eintritt. Ich muß also dem Verbandsbeirat ersuchen, den augenblicklichen Zustand beibehalten zu lassen und den jetzigen Extrabeitrag bis zum nächsten Verbandstag in Geltung zu lassen. B. Berlin.

Zur Beitrags- und Arbeitslosen-Unterstützungsfrage.

Allen Kollegen, die sich bis jetzt in unserer Zeitung über diese Fragen ausgesprochen haben, ist es anzumerken, daß es ihnen nicht recht behagt, einige Pfennige mehr für ihre eigenen Interessen zu opfern. Es scheint fast, daß diese Kollegen noch nicht geliehen haben, wie es auf dem Arbeitsnachweis hergeht, wenn erwerbslose Kollegen und Kolleginnen vor Hunger chnmächtigt werden oder in Krämpfe fallen, weil wieder keine Arbeit für sie da war. Man redet oder vielmehr schreibt um die Sache herum und glaubt dann wunder noch, welchen Dienst man dem Verbands geleistet hat. Wir sind jedenfalls nicht mehr weit von der Zeit entfernt, in der auch die, die sich in fester Stellung befinden, auf die Straße geworfen werden, um jüngeren und billigeren Arbeitskräften Platz zu machen. Dann wird die Reue zu spät kommen darüber, daß man nicht mitgeholfen hat, unsere Arbeitslosenunterstützung auszubauen. Es ist nichtwütig, niemand sagt einen Ton, wenn das Glas Bier, der Schnaps oder die Zigaretten teurer werden. Da wird anstandslos bezahlt und man unterstützt dann noch den größten Volksfeind, das Brau- und Brennkapital. Sobald es aber heißt, für die eigenen Interessen etwas zu opfern, dann wird ein Geschrei erhoben wegen den 5 oder 10 Pfennigen Mehrbeitrag, der notwendig ist. Es soll ja jedem sein Glas Bier und seine Zigarette, viellecht auch eine Tafel Schokolade gegönnt sein, aber besser würden die Genüsse doch schmecken, wenn man dann das Gefühl haben kann, auch die Pflicht gegen sich selbst und gegen die armen erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen getan zu haben. Was würde wohl geschehen, wenn die Erwerbslosen weniger Übergewicht zum Verband hätten würden, wenn sie, wie sie oft Gelegenheit haben, Arbeit unter: Tarif annehmen würden? Glücklicherweise sind unsere Kollegen und Kolleginnen so eingestellt, daß sie lieber hungern, als tarifuntreu werden.

Wir arbeitslosen Mitglieder glauben doch nicht falsch zu denken, wenn wir annehmen, daß wir an unserem Verband eine gute Stütze in allen Wechsel-fällen des Lebens haben. Wir freuen uns auch, daß der Verbandsvorstand mit seinem Vorschlag für uns Arbeitslose eintritt, daß er für sie spricht und handelt. Wie können dann die Mitglieder selber so kleinlich sein und die geringe Unterstützung von 5 oder 10 Pfennigen ablehnen? Es ist jedem dringend zu empfehlen, einmal ernsthaft über die Frage nachzudenken, was aus ihm werden wird, wenn er erst einmal älter geworden ist. Schon heute werden ja Leute im Alter von 35 bis 40 Jahren als „zu alt“ abgewiesen. Sie alle haben nur noch Aussicht, gelegentlich einmal als Hilfsarbeiter tätig zu sein, und wenn es auch, die ihr jetzt ablehnt, einmal zu gehen wird, dann schimpft ihr wohl auf den Verband und auf dessen nicht ausreichende Unterstützung. Ihr bedenkst dann aber nicht, daß ihr selbst die Bremser gewesen seid, die den Verband hinderten, die Arbeitslosenunterstützung auszubauen.

Ich wünsche darum dringend, daß wir unsere Verbandsleitung in dem Bestreben, unseren Arbeitslosen zu helfen, einmütig unterstützen. Ich glaube nicht, daß es der Verbandsleitung angenehm ist, wieder einmal mit dem Vorschlag auf erhöhte Verbandsbeiträge zu kommen. Es ist lediglich das eherne „Muß“, was sie dazu zwingt, weil sie das Elend unserer arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen nicht mit ansehen kann.

Ich würde es für richtig finden, wenn wir unsere Arbeitslosenunterstützung nur für sechs Tage pro Woche zur Auszahlung bringen, dafür aber die Unterstützungsdauer verlängern würden. Ich würde es weiter gern sehen, wenn die Höhe der Unterstützungssätze nur bemessen würde nach der Beitragsklasse, in der das einzelne Mitglied steht, nicht auch nach der Dauer der Mitgliedschaft. Jede Beitragsklasse sollte ihren bestimmten Unterstützungssatz pro Tag haben, gleichgültig, ob das unterstützung-beziehende Mitglied zwei oder 20 Jahre Mitglied des Verbandes ist. Das würde bewirken, daß sich jeder einzelne bemüht, seine Beiträge in der höchsten Beitragsklasse zu entrichten.

Zum Schluß gingen meine Wünsche dahin, die Karenzzeit von jetzt 39 Wochen auf 26 Wochen beim Wiederbezug der Arbeitslosenunterstützung herabzusetzen. R. R e b s c h m a r, Hamburg-Altona.

Beitrags- und Arbeitslosenunterstützung und deren Erhöhung.

Seitdem der V.B. eine Erhöhung der Beiträge und der Arbeitslosenunterstützung vorgeschlagen hat, haben sich durchweg Kollegen der größeren Zahlstellen in der „Buchbinder-Zeitung“ zum Wort gemeldet und ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht. Als Mitglied einer kleinen Zahlstelle erlaube ich mir, auch einige Ausführungen. Es ist von jeder eine Tatsache, daß es einen Teil unter unseren Kollegen gibt, die ständig vor einer Erhöhung warnen. Wenn sich der V.B. immer nach diesen gerichtet hätte, dann möchte ich mal sehen, wo wir hingekommen wären. Hat es denn nicht die Erfahrung gelehrt: Je höher die Beiträge, desto größer die Leistungen, und ein stetiges Anwachsen des Verbandes! Seit Jahr und Tag verlangen wir von unseren Vertretern bei Tarifverhandlungen die Gleichstellung mit den Buchdruckern, ebenso müssen wir uns dann auch dazu herbeilassen, die gleichen Beiträge zu bezahlen.

Wenn man nun den Artikel des Kollegen R. R. Frankfurt a. M. verfolgt, dann läuft es einem kalt über. So schlimm ist es nun doch nicht. Ich teile nicht die Ansicht, daß wegen ein paar Pfennigen die Kollegen in eine niedrige Klasse steuern, denn sie schaden sich ja dadurch selber. Diefem Unbel wäre dadurch abzuhelfen, daß man die Unterstufte in den einzelnen Stufen der Arbeitslosenunterstützung größer macht, als es jetzt der Fall ist.

Mit dem Kollegen Franz Amann-Rannheim stimme ich darin überein, daß man den Beitrag schon früher so erhöhen mußte, wie es im Interesse des Verbandes notwendig war, denn die Selbsthilfe ist immer noch die beste Hilfe gewesen. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer sich auf andere verläßt, ist verlassen genug.“ Das sollen sich alle diejenigen merken, die nicht gerne geben, aber immer nehmen wollen. Wenn nun viele Kollegen der Ansicht sind, daß nur der Verbandstag das Recht hat, die Beiträge zu erhöhen, dem muß dann entgegen gehalten werden, daß es nicht möglich ist, in einer kurzen Zeit einen so großen Apparat auf die Beine zu bringen. Gerade deswegen ist ja der Beirat eingeführt worden. Es ist auch falsch zu sagen, der Beirat ist gefügiger als der Verbandstag. Er besteht doch auch aus Kollegen aus der Wertstube, die von uns gewählt sind. Die wissen ganz genau, wo uns der Schuh drückt und sie werden nur so handeln, wie es das Interesse des Verbandes erfordert. Da auch ich mich nur von diesem leiten lasse, kann ich daher den Beirat nur jurufen: Erhöhung der Beiträge und der Arbeitslosenunterstützung. Dann werden unsere Arbeitslosen mit uns zufrieden sein und treue Anhänger und Streiter unseres Verbandes bleiben.

Die Einführung eines Pflichtbeitrages halte ich ebenfalls für ganz angebracht. Dadurch wird die Zugehörigkeit zum Verband nur befestigt. Ich habe zum Beirat das feste Vertrauen, daß er sich nicht beeinflussen läßt, sondern nur das beste Verbandsinteresse im Auge behalten wird.

W. J. Lore, Bochum.

Beitragserhöhung - Ausgesteuertenunterstützung.

Der Vorschlag des V.B. in Nr. 3 der „Buchbinder-Zeitung“ hat erfreulicherweise verschiedenen Kollegen die Feder in die Hand gedrückt.

Zunächst müssen wir uns wohl die Frage vorlegen: Sind wir verpflichtet, unseren Ausgesteuerten zu helfen? Die Antwort kann wohl nur ein einmütiges Ja sein. Ganz abgesehen davon, daß niemand von uns in Arbeit Stehenden sagen kann, ob und wann ihm das gleiche Schicksal trifft. Sind es doch unsere Kollegen, mit denen wir noch vor kurzem am Wertlich standen, die auch treue Verbandsmitglieder und zum Teil als Funktionäre tätig waren. Gewiß ist die Ansicht der Kollegen richtig, die da sagen, der Staat hat für die Opfer der Wirtschaftskrise ausreichend zu sorgen und der ADGB muß durch die politischen Parteien bei der Beratung des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes mit allem Nachdruck versuchen, Unterstützungen festzusetzen, die zum täglichen Leben ausreichen. So lange dies jedoch nicht geschieht, erwächst uns die Pflicht, den Ausgesteuerten — wenn auch in bescheidenem Maße — unter die Arme zu greifen.

Das erfordert natürlich finanzielle Opfer, die möglichst niedrig zu bemessen sind, da die Bezahlung der derzeitigen Beiträge in den niederen Ortsklassen heute schon mancher Kollegen und manchem Kollegen schwer fällt. Beides in Einklang zu bringen, ist die schwierige Aufgabe des Beirates.

Der Vorschlag des B. V. trifft nicht ganz das Richtige. Es kommt unseren Ausgesteuerten wohl weniger auf eine kurzfristige Verlängerung der Arbeitslosen-Unterstützung, sondern auf eine sich lange Zeit hinziehende an. Denn je länger die Arbeitslosigkeit, desto größer die Not der Betroffenen.

Meine Ansicht ist, Beitrag und Arbeitslosen-Unterstützung zu belassen, wie sie der Hamburger Verbandstag festgesetzt hat. Den Zahlstellen wäre dann durch etwas höhere Votalbeiträge die Möglichkeit gegeben, den Ausgesteuerten regelmäßig eine Unterstützung zukommen zu lassen, wie dies schon jetzt so weit als möglich geschieht. Den von besonders großer Arbeitslosigkeit betroffenen Zahlstellen müsste hierzu aus der Verbandskasse ein Zuschuß gewährt werden.

Sollte dieser Vorschlag unpraktisch sein, dann ist, um etwas zu geben, eine Beitragserhöhung nicht zu umgehen. Doch sollte man die Lehrlinge und wenn möglich, die zweite Klasse verschonen. Der eigentliche Verbandsbeitrag sollte nach den Hamburger Beschlüssen bleiben. Hierzu käme ein Extrabeitrag in angemessener Höhe 1. und 2. Klasse 5 Pfg., 3. Klasse 10 Pfg., 4. und 5. Klasse 20 Pfg. Im Interesse unserer Ausgesteuerten muß unsere Kollegenchaft diese Opfer bringen. Der Extrabeitrag muß restlos für die Ausgesteuerten verwendet werden und monatlich in ein oder zwei Raten zur Auszahlung kommen. Der Einfachheit halber könnte die Festsetzung von Karenzzeiten fortfallen. Man jagt z. B. jeder Ausgesteuerte erhält in Klasse 2 soviel, in Klasse 3 soviel Wart usw. monatlich. Vielleicht kann auch die Verbandskasse zu den einkommenden Extrabeiträgen einen Zuschuß leisten.

Die Hauptsache ist jedoch, unseren arbeitslosen Kollegen Beschäftigung zu verschaffen. Es muß deshalb immer und immer wieder versucht werden, den Achtstundentag gesetzlich festzulegen. Ferner muß die Regierung Notstandsarbeiten in größerem Maße vornehmen lassen.

Bezüglich des Pflichtbeitrages teile ich die Ansicht der Kollegen, die diese Frage bis zum kommenden Verbandstag zurückstellen wollen.

P. Frantfurt-Ober.

Das Marmorieren.

Der Aberschnitt.

Der Aberschnitt ist der beliebteste für Bibliothekbände, da er dem Buch ein zartes Aussehen gibt, sich rasch herstellen läßt und das wenigste Material erfordert. Trotzdem er einfach aussieht, ist seine Herstellung für manchen Anfänger oft mit der größten Schwierigkeit verbunden. Die Hauptbedingung für ein gutes Gelingen ist hier die Herstellung des Grundes und der Farben, ein sehr genaues und gleichmäßiges Aufsprüngen derselben, sowie ein regelmäßiges Schlagen mit dem Reistropfstein.

Der Grund muß zu diesem Schnitt dünn sein. Er eignet sich am besten, wenn er schon einige Tage gestanden hat. Auf einem frischen Grund würden sich die Farben nicht so gut ausdehnen. Die Farben selber müssen mit etwas Wasser verdünnt werden, da sie in ihrem ursprünglichen Zustand zu schwer für den Grund sind und daher unterfinnen würden. Sie erhalten auch einen größeren Zusatz von Galle. Als Treibmittel verwandte man früher zum Aberschnitt verdünnte Ochsenhülle, doch ist jetzt das schwächere Sprengwasser allgemein üblich. Dieses ist für den Aberschnitt leicht herzustellen, indem man 150 Gramm Seifenpulver in 2 Liter Fluß- oder Regenwasser gießt und das Ganze tüchtig umrührt. Da Seife und Spiritus leicht schäumen, was einen schönen Schnitt stark beeinträchtigt, muß man dem Sprengwasser einige Tropfen Petroleum zufügen. Ist das Sprengwasser zu dick, dann zerreiht es das Abergelände und muß daher mit einem weiteren Zusatz von Wasser verdünnt werden.

Den Schnitt kann man in den verschiedensten Farben halten. Hier ist dem Marmorierer ein großer Spielraum für seine Phantasie gelassen. Zum Auftragen nimmt man stets die dunklere Farbe zuerst. Nimmt man Schwarz und Blau, dann wird die schwarze Farbe zuerst aufgetragen. Diese muß sich

20 bis 24 Zentimeter ausbreiten. Die nächste Farbe Blau wird mit dem Reistropfstein in kleinen Tropfen regelmäßig aufgetragen. Nach diesem wird die Farbe mit dem Sprengwasser in Wern getrieben, wogu man sich zum Aufsprüngen eines großen Reistropfsteins bedienen muß. Das Gelingen dieses Schnittes hängt zum großen Teil von dieser Arbeit ab. Daher muß man genau auf folgendes achten: Der Besen wird in das Sprengwasser getaucht, gut ausgeschlagen, damit nicht zuviel Sprengwasser in ihm verbleibt. Dann schlägt man den Besen mit einem kräftigen, aber kurzen Schlag in etwa 15 Zentimeter Abstand über den Grund auf die innere Fläche der linken Hand auf den Grund. Zu beachten ist, daß der Schlag nicht von der Seite ausgeführt wird, da sonst die Farbe nach der Seite hin durch das Sprengwasser zusammengedrängt und der Schnitt einseitig wird, d. h. auf der einen Seite mit starken, auf der anderen dagegen mit schwachen Wern zum Ausdruck kommt. Der Schlag muß stets senkrecht zur Fläche des Schnittes erfolgen, um ein gleichmäßiges und schönes Neg zu erzielen. Mit dem Marmorieren selber verfährt man dann natürlich ebenso wie beim Kammerschnitt. Da die anderen Schnittarten, wie Phantasieschnitte usw., nur noch äußerst selten vorkommen, erübrigt es sich, auf diese näher einzugehen. F. S.

Das Einrollen gummierter Bogen.

Starke latinierte und scharf geglättete Papiere neigen zum Einrollen nach dem Gummieren. Das Einrollen kommt vor, wenn der Trockenraum überhitzt wird, eine Temperatur von 15 bis 17 Grad Reaumur genügt. Abhilfe wird dadurch geschaffen, daß man auf 1 Kilogramm Klebstoffe etwa 20 bis 30 Gramm Glycerin beimischt. Manchmal kann auch etwas mehr genommen werden. Mit dem Glycerin muß jedoch Maß gehalten werden, da einige Gramm zu viel das Zusammenkleben der Erzeugnisse beim Schneiden, auf dem Transport oder beim Lagern zur Folge haben kann, denn bei feuchter Witterung zieht eine mit Glycerin ausgeführte Gummierung Feuchtigkeit an, wodurch unter Umständen empfindliche Verluste entstehen können. Der Zustand des Einrollens kann ferner dadurch beseitigt werden, daß die gummierten Bogen nach dem Trocknen über eine lantige Holzleiste gegogen werden. Dadurch wird die Gummierschicht gebrochen, wodurch die Spannung, die das Einrollen verursacht, aufgehoben wird. Dieses Verfahren kann auch, wie dies in Gummieranstalten üblich ist, maschinell ausgeführt werden. Die gummierten Bogen liegen dann bei beiden genannten Verfahren vollkommen gestreckt. F. S.

Verichte.

Bonn. Am 3. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Henkes, gab den Geschäftsbericht. Er führte aus, daß das Jahr 1926 für unsere Zahlstelle ein Krisenjahr war. Der größte Teil der Mitglieder, der bei der Firma Sannet beschaftigt ist, hat fast drei Vierteljahr lang kurz gearbeitet. Derjenige, der die sehr niedrigen Löhne kennt, die besonders die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma erhalten, kann die traurige Lage der Arbeiterschaft bei Kurzarbeit verstehen. Hoffentlich wird bald das hiesige Landgericht den Streit um den Reichstarif, der seit fast eineinhalb Jahren läuft, zu unseren Gunsten entscheiden.

Unser Kassierer, Kollege Kissels, gab den Kassenbericht. Er wies auf den sehr schlechten Stand unserer Vorkasse hin, verursacht durch die große Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit. Der Mitgliederbestand ist gegenüber dem Jahre 1925 der gleiche geblieben. Dann wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Eine sehr rege Aussprache fand über die beabsichtigte Erhöhung der Beiträge zugunsten der Erwerbslosen statt. Es wurde sehr bedauert, daß von seiner Stelle aus der Kurzarbeiter gedacht wird, für die doch in allererster Linie eine Unterstützung geschaffen werden muß, auch durch eine eventuelle Statutenänderung. Andere Organisationen haben diese schon längst eingeführt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen sich mit der gewerkschaftlichen Erwerbslosenunterstützung in den meisten Fällen besser stehen wie diejenigen Mitglieder, die nur drei und vier Tage in der Woche arbeiten.

In unserer Zeitung wird zurzeit das Problem der Erwerbslosenunterstützung lebhaft erörtert. Leider wird aber auch dort von keinem der Kollegen, die sich für einen Ausbau der Arbeitslosenunter-

stützung einsetzen, der Kurzarbeiter gedacht. Auch der Verbandsvorstand schweigt hierüber in sieben Sprachen. Dabei muß es jedem Gewerkschaftsfunktionär bekannt sein, daß die Kurzarbeiter in sehr vielen Fällen schlechter stehen wie die organisierten Erwerbslosen. Gibt es doch sehr viele Mitglieder, die im Jahre 1926 drei Vierteljahr lang kurzgearbeitet haben und einen Verdienstausfall von zwei bis drei Tagen pro Woche hatten. Nur wenige Kollegen, die drei Tage in der Woche arbeiten, stehen sich besser wie die Vollerwerbslosen. Durch eine weitere Erhöhung der Beiträge sollen aber nun diejenigen Kurzarbeiter, die sich schlechter stehen wie die Erwerbslosen, noch mehr als bisher verpflichtet werden, die Erwerbslosen zu unterstützen. Die Zahlstelle Bonn ist der Auffassung, daß in dieser schweren Zeit Opfer gebracht werden müssen, wenn notwendig auch durch Erhöhung der Beiträge. Unsere Solidarität muß aber allen wirtschaftlich schlecht gestellten Mitgliedern gelten, ganz gleich, ob diese Erwerbslose oder Kurzarbeiter sind.

Die Zahlstelle Bonn richtet aus diesem Grunde das Ersuchen an den Verbandsvorstand und an den Beirat, sich dafür einzusetzen, daß alle Kurzarbeiter, die zwei Tage und mehr pro Woche ausfallen müssen, ebenfalls beitragsfrei sind sowie auch nach sechs Tagen Ausfallen für jeden weiteren Tag die statutarische Arbeitslosenunterstützung beziehen können. Ebenso muß bei den maßgebenden Stellen dafür eingetreten werden, daß die staatliche Kurzarbeiterunterstützung weiter ausgebaut wird, denn bei den gegenwärtigen Verhältnissen erhält fast kein Kurzarbeiter eine Unterstützung. Mit einem Appell an die Mitglieder, mehr wie bisher die regelmäßigen Veranstaltungen zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Brandenburg a. d. H. In unserer am 26. Januar stattgefundenen Generalversammlung stand der Punkt „Beitragserrhöhung“ auf der Tagesordnung. Hierbei entspann sich eine lebhafte Debatte. Von allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Erhöhung der Beiträge in diesem Maße nicht der richtige Weg ist, denn durch die wiederholten Erhöhungen der Beiträge würden diese ins Unerschwingliche steigen. Auch ist nicht auszudenken, welchen Schaden die Organisation durch die Abwanderung der Mitglieder in die niedrigen Beitragsklassen haben würde. Wer soll denn die erhöhten Beiträge zahlen? Die Kollegen und Kolleginnen, die selbst nur zwei bis drei Tage in der Woche arbeiten, für die ist schon jetzt der Beitrag nicht erschwinglich, denn bei einem Verdienst von 16 mal 34 Pfennig abzüglich 73 Pfennig für die Krankenkasse und sonstige Versicherungen, ganze 4,71 Mk. wöchentlich, muß man sich doch fragen, ob der Geldbeutel dieser Kolleginnen noch eine Belastung verträgt. Es kam hierbei zum Ausdruck, daß diesen Kollegen und Kolleginnen ganz entschieden eine Kurzarbeiterunterstützung gezahlt werden müsse, zumal diese Unterstützung von anderen Organisationen schon lange als notwendig anerkannt und auch gezahlt wird. Wir wissen aber, daß unsere Gewerkschaft nicht dazu zu haben ist, was ein Teil unserer Mitglieder allerdings nicht versteht, denn auch diese Kurzarbeiter sind Opfer der Rationalisierung, genau so wie die Arbeitslosen. Auch soll man bedenken, daß doch viele von unseren Mitgliedern verpflichtet sind, Monate hindurch mit diesem kargen Einkommen ihr Leben zu fristen. Auch die vom Verbandsvorstand angeregte Neuerung betr. Pflichtbeiträge fand bei unseren Mitgliedern keinen Anklang. Wie soll denn die Mitglieder, die treu und brav ein Mitglied der ihrer Organisation die Treue gehalten haben, nun aber durch die Krise das Pflaster treten müssen, 5 Pfennig Beitrag zahlen, um sich die Mitgliedschaft zu erhalten? Hier wird uns der Verbandsvorstand vorhalten, daß diese Einführung in anderen Organisationen schon lange besteht. Das ist zwar richtig, aber warum richtet sich denn der Verbandsvorstand in solchen Fällen nach anderen Verbänden und im Punkt Kurzarbeiterunterstützung nicht? Die Kollegen der Zahlstelle Brandenburg stehen auf dem Standpunkt, daß unsere Löhne wohl eine Aufbesserung, aber keine Belastung vertragen.

Dresden. Am 2. Februar fand hier eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, um den Bericht von den stattgefundenen Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Kollege Lange behandelte zunächst die örtlichen Tarifvereinbarungen. Im allgemeinen vergleicht er in leichtverständlicher Weise den Tarif mit einem lebenden Körper, dessen pulsierendes Blut, die und da in Stockungen geraten ist und an dem dann mehrere Ärzte ihre Operationskünste in Verhandlungen auszuüben gedenken. Bevor aber ein Eingriff bei dem Kranken vor sich geht, werden die mitgebrachten scharfen Instrumente (in diesem Falle geistige) erst benützt, um sich gegenseitig damit zu wehren zu rüden. Der zu Kurierende liegt mittlerweile dabei in Lebensgefahr. Da, manche der Ärzte wehren sich, überaus irgendetwas verbessernden Schnitt vorzunehmen, da ihnen ein kranker Tarifkörper als größeres Prohibitobjekt willkommen ist,

In der hiesigen Steindruckbranche ist es seit Mitte 1926 noch nicht möglich gewesen, die Prinzipalität für einen erneuten Abschluß des Ortstariffes zu bewegen.

Der Spruch des hiesigen Schlichtungsausschusses, der 5 Proz. Lohnabbau vorschlag, ist vom sachlichen Schlichter nicht für verbindlich erklärt worden. Verschlechterungsversuche einzelner Firmen konnten bis jetzt abgewehrt werden.

Für die Zigarettenbetriebe ist der Manteltarif bis Ende September 1927 verlängert worden. Für den Lohnstarif waren die Angebote der Fabrikanten so geringfügig, daß wir den Schlichtungsausschuss angerufen haben. In der Luxuspapierwaren- als auch in der Schneideseifens-Plastikindustrie sind die Forderungen der Kollegen durch den Fabrikanten übermittelt und stehen Verhandlungen für die nächste Zeit zu erwarten.

Gegenüber den Reichstarifen ist zu bemerken, daß augenblicklich die für die Etuis- und auch für die Lüten- und Beutelinindustrie in unserem Orte keine wesentliche Bedeutung haben. Nach näheren Ausführungen über Tariflauf und eventuell Veränderungen des B.D.B., des „A.P.“, sowie des Tarifes für Buchdruckereien kam Lange auf die Verhandlungen für den Kartonnagenantiarif ausführlicher zu sprechen, da der größte Teil unserer Mitglieder am Kartonnagenantiarif sehr interessiert ist. Nachdem auch hierüber in der „Buchbinder-Zeitung“ Nummer 6 ein orientierender Verhandlungsbericht erschienen ist, soll hier kurz erwähnt werden, daß Lange es gerechterweise unternahm, der Kollegenchaft eine ganze Serie von Fabrikantenswünschen und -ausprüchen der Verärgerung über die angebliche Begehrlichkeit der Arbeiterschaft, der angeblichen Betriebsfremdheit einzelner Arbeitervertreter und Schilderungen über die Leichtigkeit der diversen Arbeitsverrichtungen in den Betrieben, wie sie sich in den Unternehmertöpfen ausmalen, anzuführen. Aus alledem konnte man heraus hören, daß es die Fabrikanten von Jahr zu Jahr besser lernen, zu schreiben, schreiben und nochmals schreiben. Bemächtigt sich schon bei der Verbündung, daß die Fabrikanten für feinerlei Verbesserungen zu haben waren, der Verammlung eine sichtsliche Verdrossenheit, die teilweise durch spitzige Zwischenrufe an die Adresse der Fabrikanten unterstrichen wurde, dann schlug die Stimmung in trasse Verbitterung um, als die Verschlechterungen, welche die Unternehmer in den Tarif hineinbrachten versucht haben, bekannt wurden. Die Unternehmerbemerkungen und Darstellungen, daß z. B. das Arbeiten am stehenden Band teilweise als eine körperliche und geistige Erholung für die Arbeiterinnen anzusehen ist, daß die Arbeiterschaft selbst nicht wünschte, die Arbeitszeit zu verringern, sondern dies nur Führererfindungen seien und ähnliches mehr, löste im Zusammenhang mit dem Resultat, daß der Tarif nur in alter Form aus dem Feuergeficht herausgenommen sei, große Entrüstung aus. Hieran knüpfte sich eine Aussprache, die für die Unternehmer das Gegenteil von Wohlkauten enthielt. Die verammelte Kollegenchaft aus der Kartonnagenbranche nahm sodann einstimmig folgende Resolution an:

„Die Dresdener Kartonnagenarbeiterchaft erhebt gegen die Ablehnung der Lohnforderungen und neuzeitlichen Anhebungen des Manteltariffes energischen Protest. Sie bedt den Tarifausfuh in seinem berechtigten Bestreben, bei den Fabrikanten mehr Verständnis für die Note der Arbeiterschaft zu erzielen und erwartet bei weiteren Verhandlungen ein vernünftigeres Entgegenkommen der Unternehmer. Nach den bisherigen Erfahrungen aus Tarifverhandlungen erblickt sie als bestes hilfebringendes Verhalten die Vorbereitung zu einer lidenlosen Kampfstellung gegenüber dem ständigen Bestreben, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse niederzubrüden. Die Verammlung verpricht, die Funktionäre bei dem Bestreben, solche Kampfstellung zweckentsprechend auszubauen, nach Kräften zu unterstützen.“

Die mehrseitig gewünschte Aussprache über die angefaete Beitragserschöpfung, gegen die sich die Aussprachebefürworter wehren wollten, mußte für eine andere Verammlung zurückgestellt werden, jedoch wurde auch hierzu eine Resolution folgenden Wortlautes eingebracht und gegen eine Stimme angenommen:

„Die am 2. Februar tagende Mitgliederberverammlung sieht in der vom Verbandsvorstand vorgefchlagenen Beitragserschöpfung keinen Vorteil für unseren Verband. Sie beürchtet vielmehr einen weiteren Rückgang unserer Mitgliederzahl. Man erwartet deshalb von der kommenden Beitragsatung, daß diese die geplante Beitragserschöpfung auf einen späteren, wirtschaftlich günstigeren Zeitpunkt hinausschiebt. Außerdem erwartet die Verammlung, daß den Mitgliedern nach dem Stattfinden der Gantkonferenz Gelegenheit gegeben wird, zu der geplanten Beitragserschöpfung noch Stellung zu nehmen.“

Dann sprach Kollege Duas über „Moderne Berufsberatung“. Er legte seinen Ausführungen die

Worte, „unsere Arbeitskraft ist das höchste Gut, was wir zu vergeben haben“, zugrunde. Die Berufsberatungstellen haben sich im Reiche gut bewährt, dagegen ist in Sachen noch manches besserungsfähig. Die heutige Zeit fordert einen tüchtig geschulten Facharbeiter. Die Berufsberatungstellen müssen der Zeit entsprechend umgestellt werden, da der größte Teil der jugendlichen Arbeiter das Heer der Arbeitslosen stellt. Ein hoher Prozentfah Jugendlicher wird, nachdem er beim Meister angelernt hat, dem Pfaster der Straße preisgegeben und harri vergeblich auf Arbeit. Große Schuld hat dabei die Ueberfüllung einzelner Berufe, und daher ist es notwendig, daß die Gewerkschaften für eine Einschränkung der Lehrlingshaltung eintreten, indem die Zahl der Lehrlinge in einem entsprechenden Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Gehilfen tariflich festgelegt wird. Ferner hält es der Referent für angebracht, daß sich die Lehrer der Berufsschulen aus den Reihen unserer Kollegen herausbilden, um für einen guten sachlichen Nachwuchs zu sorgen. Nur wenn wir nach diesen Zielen streben, können wir dem Unternehmer bei seinem Seelenfang an unseren jungen Kollegen entgegenreten.

Nachdem die Kollegenchaft die beiden Referate mit Interesse angehört hatte, konnte in vorgerückter Stunde die Verammlung geschlossen werden.

Frankfurt-Offenbach. Am 8. Februar fand unsere Generalverammlung statt, die erfreulicherweise einen guten Besuch aufwies und anregend verlief. Aus dem von Weg erstatteten Geschäftsbericht war zu ersehen, daß das Jahr 1926 zu den schwersten Krisenjahre zählt, die unsere Zahstelle bisher zu bestehen hatte. Am Schluffe des Geschäftsjahres waren 47 männliche und 35 weibliche Berufsausgehörige als arbeitslos beim graphischen Arbeitsnachweis gemeldet. Da ein großer Teil unserer Mitglieder auswärts wohnt und deshalb am hiesigen Arbeitsamt nicht gemeldet ist, so ist die Anzahl der Arbeitslosen noch wesentlich höher. Bei den Gehilfen brauchte eine Arbeitslosigkeit in diesem Umfang nicht vorhanden zu sein, wenn überall darauf geachtet würde, daß Gehilfenarbeit nicht von den Arbeiterinnen zu niedrigeren Löhnen verrichtet wird. Unser besonderes Augenmerk müssen wir der Frage der Lehrlingsausbildung zuwenden. Von beruflich mangelhaft ausgebildeten Kollegen haben wir zu befürchten, daß sie, im Bewußtsein ihrer minderen Leistungsfähigkeit, bereit sind, für niedrigsten Lohn zu arbeiten und dadurch unsere Tarife gefährden. Am schlechtesten wirkte sich das verloffene Jahr für die Kartonnagenarbeiterchaft aus, die als Folge ihrer schlechten Organisationsverhältnisse eine Lohnkürzung in Kauf nehmen mußte. In der Etuisbranche besteht aus den gleichen Ursachen seit Mai 1925 kein Lohnvertrag mehr. Am Schluffe des Geschäftsjahres zählten wir 447 männliche und 825 weibliche Mitglieder. Der Mitgliederbestand ist also annähernd der gleiche geblieben. Dies war nur möglich infolge der unermüdlichen und hingebenden Arbeit der Funktionäre, denen hierfür Dank gebührt.

Beim Kassenbericht machte Würzberger auf die großen Summen aufmerksam, die im letzten Jahr an Unterstüngen gezahlt wurden. Von einer Gesamteinnahme von 40 822 M. wurde mehr als die Hälfte, nämlich 21 200 M., in Form von Unterstüngen an die Mitglieder zurückgezahlt. Unsere Lokalkasse zeigte am 1. Januar 1927 einen Bestand von 4212 M.

Hierauf kam es zu einer lebhaften Diskussion über das Ueberstundenwesen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige gutbesuchte Generalverammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß es trotz größter Arbeitslosigkeit noch immer vorkommt, daß Kollegen und Kolleginnen in vielen Betrieben regelmäßig Ueberstunden leisten. Die Verammlung erwartet von allen Berufsausgehörigen, daß sie in Zukunft am Achttundentag festhalten, Ueberstunden ablehnen und jeden Fall von Arbeitszeitüberschreitung der Disziplinverwaltung zur Kenntnis bringen, die dann für Abhilfe sorgen wird.“

Bei der hierauf folgenden Neuwahl der Ortsverwaltung wurden wiedergewählt die Kollegen: Kaulich, Weg, Würzberger, Rauch, Weber, Seifmiling, Dörner, Grieb und Kollegin Böpel. Für den ausscheidenden Kollegen Kaufmün wurde Kollege Fuchs neugewählt. Als Kartelldelegierter wird wieder Kollege Gule fungieren. Nach einem kurzen, aber lehrreichen Vortrag von Weg über die „Gefohel“ schießt Kaulich die Verammlung, er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die künftigen Verammungen auch wieder einen guten Besuch aufweisen.

In einer am 1. Februar stattgefundenen Vertrauensmännerfung wurde ausführlich über die Frage der Beitragserschöpfung gesprochen. Sämtliche Vertrauensleute sowohl der Frankfurt, als auch der Offenbacher Zahstelle seten auf dem Standpunkt, daß eine Beitragserschöpfung, die unsere Werbearbeit besonders unter den weiblichen Mitgliedern äußerst erschwert, abzulehnen sei. Ebenfalls lehnen sie die Einführung der bisher noch von jedem Verbandstag abgelehnten Pflichtbeiträge ab.

Goslar a. H. Am 8. Februar fand hier eine Mitgliederberverammlung statt, in der unser Gauleiter, Kollege Kornader-Bannover, über „Die Tarifpolitik des Verbandes“ referierte. In einfündigem Vortrage schilderte er, wie nach jahrzehntelangem Kampfe der Boden für die Reichstarifpolitik reif wurde. Ein großes Hindernis sei hier die Zersplitterung im Arbeitgeberlager. Im Jahre 1920 seien dann unsere verschiedenen Reichstarife entstanden, sie konnten allen Widerständen zum Trost bis jetzt aufrecht erhalten und ausgebaut werden. Die größte Gefahr droht dem Fortbestand der Reichstarife durch die Interessenslosigkeit eines großen Teiles der Kollegenchaft. In Goslar haben zirka 200 Kolleginnen und Kollegen Vorteile durch den Reichstarif für Buchbinderereien, aber nur ein kleiner Teil davon ist organisiert. Die Nichtorganisierten dem Verbandsbeizuführen, ist die vornehmste Pflicht der organisierten Kollegenchaft. In der regen Aussprache dankten mehrere Kollegen dem Referenten, daß er ihnen Gelegenheit gegeben habe, durch den Vortrag das Werden und den Kampf um die Reichstarife kennen zu lernen. Die Organisierung der zum größten Teil außerhalb Goslars wohnenden Kolleginnen ist außerordentlich schwer, man will jedoch mit allen Kräften für die Ausbreitung der Organisation tätig sein und den Gauleiter in der Agitation unterstützen. Kornader sprach dann über die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Im größten Betriebe am Ort besteht kein Betriebsrat, die Kollegenchaft muß unbedingt dahin arbeiten, daß in diesem Jahre wieder ein Betriebsrat gewählt werde.

Hartha. Am 8. Februar fand unsere gutbesuchte Mitgliederberverammlung statt. Kollege Thiele nahm Stellung zu den Lohn- und Reichstarifvertragsverhandlungen in der Kartonnagenbranche. Er skizzierte den Stillstand in bezug auf die Lohnkämpfe, die wir infolge der schlechten Wirtschaftslage im verloffenen Jahre durchmachen mußten. Er ging dann näher auf die gestellten Anträge der Unternehmer und auf die von uns eingebrachten ein, und schilderte den Verlauf der Verhandlungen. Bis zum 28. April muß noch tüchtig gearbeitet werden, damit die Organisation auf festem Fuß steht und eine Lohnherhöhung erzielt werden kann. Erfreulicherweise haben wir bei uns alles organisiert und wir möchten die Kollegenchaft im Reiche bitten, das gleiche zu tun. — Thiele kam dann auf die Beitragsfrage zu sprechen, wobei er auf die Stellungnahme und die Entschliekung der Gantkonferenz einging. In der Diskussion wurde von einer Kollegin zum Ausdruck gebracht, daß sie nur dann erhöhte Beiträge zahlen wollten, wenn auch der Lohn erhöht würde. Somit herrschte Einverständnis mit der Entschliekung der Gantkonferenz. — Hiernach hielt der Vertrauensmann der Volksfürsorge ein Referat über „Privatversicherungen und Volksfürsorge“, um auch unsere Kolleginnen für die Volksfürsorge zu gewinnen. — Zum Schluff wurde die Abhaltung eines Bergnügens angeregt, um die Gesehtheit zu fördern. Dazu wurde ein Bergnügungsausfuh gewählt.

Karlsruhe. Am 7. Februar fand unsere jährliche Hauptverammlung statt. Der Besuch war ein mäßiger, der Verlauf jedoch ein harmonischer. Kollege Vogel erstattete den Geschäftsbericht. Er ging auf die wirtschaftliche Lage des vergangenen Jahres ein und betonte, daß hinter uns ein Jahr liegt, das für die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft an Kämpfen, aber auch an Erfolgen reich war. Die ersten Wochen des Jahres 1926 standen im Zeichen der Auseinandersetzungen über eine weitere Erhöhung der Unterstüngsfähigkeit in der Erwerbslofenfürsorge. Trotz starken Widerstandes durch Regierung und Unternehmer gelang es, die Unterstüngsfähigkeit ständig zu erhöhen. Vergleicht man die Sätze, die noch im Jahre 1924 bezahlt worden sind, mit der gegenwärtigen Unterstüngung, dann muß festgehalten werden, daß der Kampf erfolgreich war. Am Schluffe des Jahres 1926 mußte nach monatlangem Strauben die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen und für die Ausgesteuerten die Krisenfürsorge einführen. Von weiterer Bedeutung für die Arbeiterschaft ist noch das Arbeitsgerichtsgesetz, das Ende Dezember nach monatlangen Beratungen und Verhandlungen verabschiedet worden ist. In seinen weiteren Ausführungen ging dann Kollege Vogel auf die Verhältnisse im Bezirk ein und bezeichnete diese trotz reger Agitation nicht als ruhig. Er hofft aber, daß im kommenden Jahr bessere Erfolge gebucht werden können. Wenn in den letzten Tagen des Jahres in Rastatt wieder Erfolge zu erzielen waren, dann soll das ein Ansporn für die anderen sein, nur nicht mehr abseits zu stehen.

Der Kassenbericht, der vertieftartig vorlag, gab in einigen Punkten Anlaß zu einer Kritik. Die Einnahmen wären bedeutend höhere, wenn alle Kollegen und Kolleginnen in die richtige Klasse steuern würden. Kollege Vogel ermahnte die Unterstünger, das zu beachten und in diesem Sinne zu arbeiten, dann wird auch Karlsruhe sich von seinem Krankentager bald erheben können.

Der Vorschlag des Verbandsvorstandes in Nr. 3 der Zeitung hat eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen. Die bis jetzt zum Ausdruck gebrachten Meinungen wurden besprochen. Unsere Versammlung lehnte jedoch Erhöhung der Beiträge ab. Es befiel eine Abwanderung in niedere Klassen. Pflicht des Staates ist es, für die Erwerbslosen zu sorgen. Der Verband ist keine Unterstufungsgasse, sondern eine Kampforganisation. Das Pulver muß für wichtigere Zwecke trockengehalten werden. In diesem Sinne soll auch das Beiratsmitglied des Gau's unterrichtet werden. Der Pflichtbeitrag soll ebenfalls abgelehnt werden.

Die Wahl der Ortsverwaltung ging schnell und ruhig vonstatten. Kollege Krones wurde wieder als Vorsitzender und die Kollegen Oberst, Dietrich, Koch und die Kollegen Dienemann als Beisitzer gewählt. Dann konnte Vogel nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge die Mitteilung machen, daß das lang-ererbte Gewerkschaftshaus für Karlsruhe endlich soweit sei, daß es bis Mai bezogen werden könne. Nach den vorliegenden Bauplänen soll es ein gemüthliches Heim werden. Es ist zu wünschen, daß dasselbe dann auch die notwendige Unterbringung findet. Zum Schluß der schon verlaufenen Versammlung ernannte Vogel die Anwesenden, auch die neue Verwaltung in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Leipzig. Eine gut besuchte Versammlung der Luxuspapierbranche (Steindruckerei, lithographische Anstalten, Prägereien und Kolorieranstalten) nahm am 3. Februar den Bericht über die Lohnbewegung entgegen. Nach mehreren ergebnislos verlaufenen Verhandlungen glaubten einzelne Unternehmer an eine tariflose Zeit und versuchten, den Tarif (Ferienföhrung usw.) zu umgehen. Eine Abmachung, bis zur endgültigen Regelung alles beim alten zu lassen, half uns, alle derartigen Versuche im Keime zu ersticken. Um den Ausspruch des Herrn Dr. Schubert, Syndikus der Vereinigung Leipziger lithographischer Anstalten, zu widerlegen, die Arbeiterchaft habe um Verhandlungen gebeten, verlas Haffner den Briefwechsel. Die nach dem letzteren angelegte Verhandlung verlief ebenfalls ergebnislos und blieb demnach als letzter Versuch zur Einigung nur noch der Schlichtungsausschuß übrig, trotz der Drohung der Unternehmer, sich nicht zu stellen. Der erste Termin fand am 22. Dezember statt. Die alten bekannten Mitglieder der Unternehmer über Unproduktivität, Rückgang der Ausfuhr nach dem Ausland, hohe Steuern, Konkurrenz hauptsächlich von Berlin usw. dienten dazu, einen zehnprozentigen Abbau der Löhne zu begründen. Unsererseits wurde eine zehnprozentige Lohnerhöhung gefordert mit der Begründung der mit den Zeitverhältnissen nicht Schritt gehaltenen Lohnsteigerung und der mit Bestimmtheit in Aussicht stehenden Mietsteigerung. Da die Löhne, hauptsächlich Berlins, strittig waren, wurde vorgeschlagen, ein weiterer Termin anzusetzen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, Beweismaterial zu beschaffen. Hierbei war es Berlin, das uns in dankenswerter Weise mit fast lückenlosem Material unterstützte, ebenso die anderen hierfür in Frage kommenden Zahlstellen. Der zweite Termin wurde wegen Beanstandung eines Arbeitnehmerbevollmächtigten abgesetzt. Nach Gegenüberstellung der Löhne aus den verschiedensten Städten wie München, Nürnberg, Dresden, Saalfeld, Berlin usw., wurde endlich nach langer Beratung folgender Spruch verkündet:

Der Tarifvertrag vom 17. Juni 1925 wird mit Wirkung ab 1. Februar 1927 mit folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt:

1. In Ziffer III Absatz 1 wird der Aufzuschlag auf 12 1/2 Proz., statt bisher 15 Proz., festgesetzt.

2. Die Mindestlöhne behalten die Höhe, die sie ab 1. August 1925 hatten, jedoch bei „B, Arbeiterinnen“ mit folgender Altersstaffelung:

	Bei Klasse B	Bei Klasse C
Im Alter von 16-17 Jahren	RM. 15.50	RM. 14.-
" " " 17-18 "	" 18.50	" 17.50
" " " 18-21 "	" 22.-	" 21.-
Aber 21 Jahre	" 25.-	" 23.50

3. Statt Ziffer XIII muß es heißen: Diese Regelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 30. Juni 1927, sodann zum Besten jeden Monats geändert werden.

Da der gefällte Schiedsspruch einen Abbau gebracht hat, plädiert Haffner für Ablehnung des Spruches. Die einsehende Aussprache führte zur einstimmigen Ablehnung des Spruches.

Dann wurde die alte Branchenkommission erneut bestätigt und Haffner erläuterte die bevorstehende Beitragserhöhung mit Erweiterung der Unterstufungslänge in der Erwartung, den Funktionären in den Betrieben beim Einkassieren der Beiträge keine Schwierigkeiten zu bereiten. Unbedingte Notwendigkeit sei es, immer in der richtigen Beitragsklasse zu zahlen, um sich bei Bezug von Unterstützung vor Schaden zu bewahren. Weiter ist es Pflicht, den Solidaritätsgedanken fester in unseren Reihen zu ver-

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 8. Wochenbeitrag für 1927 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

ankern. Dazu sollen unsere Berufsverbände Versammlungen dienen. Mit der Aufforderung, die Löhne, die dem tariflichen Soll nicht entsprechen, sofort der Branchenleitung zur weiteren Regelung durch das Tarifschiedsgericht zu melden, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Die Kartonnagenarbeiterchaft Leipzigs ließ sich in einer am 1. Februar abgehaltenen Branchenversammlung Bericht von den Erfurter Verhandlungen erstatten. Kollege Haffner beleuchtete in treffender Weise die Haltung der Unternehmer, den schlechtesten aller Tarifverträge noch weiter verschlechtern zu wollen. Besondere Entrüstung rief es hervor, als der Redner schilderte, mit welcher Begründung das Unternehmertum die im Vorjahr um 3 Proz. abgebauten Löhne um weitere 10 Proz. zu reduzieren versuchte. Derartige Versuche zu unternehmen sei aber nur möglich, weil dem Unternehmertum die leider etwas ungünstigen Organisationsverhältnisse in dieser Branche nicht unbeachtet geblieben sind. Mit sichtbarem Ernst und mit Interesse verfolgte die Versammlung die Ausführungen des Kollegen Haffner und gab durch Zustimmung zu erkennen, in Zukunft mehr agitatorisch zu wirken, damit den nächsten Verhandlungen ein größerer Nachdruck verliehen werden kann. Dem bis zum 28. April verlängerten Lohnabkommen muß unbedingt ein den Verhältnissen entsprechendes Abkommen folgen.

In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern der lange Abschluß, ganz besonders des Arbeitszeitabkommens, scharf kritisiert und verlangt, für den 28. April zu rufen. Mit einem Appell, mehr denn je die tariflich verankerten Institutionen in Anspruch zu nehmen und dem Ruhe der Organisation jederzeit Folge zu leisten, schloß Kollege Adler die Versammlung.

Lübeck. Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Beitragserhöhung. In einer längeren Debatte wurde die Erhöhung abgelehnt. Da befürchtet wird, daß die Kolleginnen damit dem Verbands Rücken kehren. Die Beiträge seien höher wie im graphischen Hilfsarbeiterverband und würden nach der neuen Regelung ebenso hoch sein wie die Beiträge für männliche Mitglieder anderer Verbände. Außerdem sind die hiesigen Mitglieder noch mit Gewerkschaftsausbezug in Höhe von 5 bzw. 10 Pfennig belastet. Der Vorsitzende wurde beauftragt, bei dem Verbandsvorstand und unserem Beiratsmitglied gegen die beabsichtigte Beitragserhöhung zu protestieren. Die Versammlung nahm dann noch den Bericht über die Treuhänderfung der Gewerkschaftshaus m. b. H. entgegen. Leider ist ein ziemlich großes Manko zu verzeichnen. Da der bisherige Geschäftsführer gefündigt hat, muß eine neue Kasse gewählt werden. Unser Treuhänder wird aufgefordert, nur einem tüchtigen Fachmann seine Stimme zu geben, damit die zutage getretenen Mißstände endlich aufhören. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Miena. Am 1. Februar hatten wir wieder das Vergnügen, unseren Gauleiter Rütke-Ghemnitz begrüßen zu können. Er kam im Auftrag des Verbands-Vorstandes, um den Kollegen Arthur Höfler für 25 jährige Treue zu unserer Organisation durch eine kernige Ansprache und Ueberreichung der Ehrenurkunde auszugleichen. Auch unsere Gauverwaltung hat es sich nicht nehmen lassen, den Kollegen Höfler ebenfalls durch ein Geschenk mit entsprechender Widmung zu ehren. Ueberrascht von dieser unverhofften Ehrung ergriff der Jubilar das Wort, um seinen Dank hierfür auszudrücken und gleichzeitig einen kurzen Rückblick zu geben über die Vergangenheit. Anschließend verließen wir noch einige Stunden bester Geselligkeit, wobei der Wunsch geäußert wurde, wir möchten öfter zusammentreten zum Besten unserer Organisation.

Ralschau. Die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle vom 28. Januar erledigte ihre Aufgaben in rascher Folge. Nach der Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts wurde die Neuwahl der Verwaltung bis auf zwei Rediktoren einstimmig vollzogen. Zur Gaukonferenz am 6. Februar wurde Kollege Bach delegiert. Die Versammlung war einmütig der Meinung, daß es nicht am Platze ist, die

Beiträge zu erhöhen. Zwar hat sie formell nichts dagegen, den jetzigen Extrabeitrag zum festen Beitrag zu erheben, nur rät sie dem Verbandsvorstand, von einer weiteren Erhöhung Abstand zu nehmen, da es sich mit allzu hohen Beiträgen schlecht agieren läßt. In den letzten Tagen haben wir 20 Neuaufnahmen vollziehen können.

Ulm a. d. D. Den vielen Kollegen und Kolleginnen, besonders auch in der Kartonnagenbranche, die immer wieder sagen: „Ach was, wenn ich auch nicht im Verband bin, den Tarif bekomme ich doch.“ sei an folgendem Beispiel gezeigt, wie die rauhe Wirklichkeit aussieht. Die zirkt 250 Kollegen und Kolleginnen beschäftigende Kartonnagenfabrik Dr. Höhn in Ulm a. d. D. hat nach kurz vorhergehender Antündigung die Stundenlöhne um 10 Pfennig — rund 20 Proz. — und die Akkorde um ebenfalls rund 20 Proz. gekürzt. Diese brutale Maßnahme der Firma, die Mitglied des Verbandes der Kartonnagenfabrikanten ist und als solche den Tarif in erster Linie einhalten mußte, wird verständlich, wenn man erfährt, daß von der gesamten Kollegenschaft vier Kolleginnen organisiert sind. Alle anderen glauben trotz aller Agitation den Verbandsbeitrag „sparen“ zu können. Weil der Unternehmer dies weiß, deshalb weiß er auch, daß er „feinen“ Arbeitern und Arbeiterinnen ungestraft das Fell über die Ohren ziehen kann. Solche Unternehmer und solche Arbeiter gibt es noch viele in deutschen Landen. Was heute in Ulm passiert, passiert morgen an irgendeinem anderen Ort. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, lernt daraus. Es ist euer eigener Vorteil. Wartet aber nicht so lange, bis es auch für euch heißt: Zu spät.

Inhaltsverzeichnis.

- Der Zweck der Komödie.
- Die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Branchen.
- Die vorherige Ermäßigung der Lohnsteuer.
- Gaukonferenz im Gau Sachsen.
- Zahlstellenkonferenz im Gau Südbayern.
- Der preussische Handelsminister über die Gewerkschaften.
- Zur Beitragsfrage.
- Ist die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung notwendig?
- Zur Beitragserhöhung.
- Zur Beitrags- und Arbeitslosenunterstützungsfrage.
- Zur Beitrags- und Arbeitslosenfrage.
- Beitrag und Arbeitslosenunterstützung und deren Erhöhung.
- Beitragserhöhung und Ausgefuehrentenunterstützung.
- Berichte: Bonn — Brandenburg a. d. H. — Dresden — Frankfurt-Offenbach — Goslar — Hartha — Karlsruhe — Leipzig — Lübeck — Pirna — Ralschau — Ulm a. d. D.
- Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Adressenverzeichnis — Abrechnungen — Adressenveränderungen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Adressenverzeichnis. Die Ausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses macht sich notwendig. Etwa uns noch nicht gemeldete Änderungen von Adressen der Bevollmächtigten, der Kassierer und der Vertrauenspersonen der Gaue erbitten wir bis zum Ende des Monats Februar.

Abrechnungen

vom vierten Quartal 1926 gingen weiter bis zum 15. Februar bei der Verbandskasse ein von:
 Gau Schlesien (ganzer Gau) 9516 RM., = Gießen-Wehlar 278,20 RM., Ludwigshafen 600 RM., Ralschau 150 RM., = Halle a. d. S. — RM., = Alle i. Erzgeb. 70,40 RM., Crimmitschau 1000 RM., = Vahr 2500 RM.

Nach nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Stolp, = Bünde, Göttingen, = Dülmen, = Cleve, Trier, Wiesdorf, = Hanau, = Koburg, Weihenfels, = Grimma, = Troffingen.

Adressenveränderungen.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.
 Götting: B: E. Matthes, Am Hirschwinkel 9 I.
 K: H. Vindner, Krößstr. 24 I.
 Auszahlung 12-1, Sonnabend 4-7 Uhr.

Der Verbandsvorstand.